

werden beim Verlag und dessen  
bekanntesten Agenten entgegen-  
genommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vertriebspreis von:  
Mk. 4.40 für Deutschland (direkt  
per Brief-Bausch)  
Mk. 2.75 für Österreich (direkt  
per Brief-Bausch)  
Mk. 1. — für alle übrigen Länder  
des Weltpostvereins (Dreisond).

Inserate

die billigste und beste  
3 Zeilen — 25 Wg. — 30 Glt.

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst  
wöchentlich erscheint  
in  
London.  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N. W.  
114 Kenilworth Road.  
Postsendungen  
franko gegen franko.  
Großbritische Briefe  
nach England fallen Doppelpost.

Wird an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

### Haltet den — Andern!

Vor kurzem veröffentlichte die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einen Brief, den Friedrich Engels an einen Bekannten in Wien über den Antisemitismus geschrieben. Der Mitbegründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus legte darin mit gewohnter Schärfe die Schiefheiten, sowie den politisch wie wirtschaftlich reaktionären Charakter des Antisemitismus bloß, der nur das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur sei. Der Brief hat verdientenmaßen Aufsehen erregt und fast alle Arbeiterblätter beeilten sich, ihn abzu drucken. Wir dürfen daher wohl annehmen, daß er den meisten unserer Leser bereits bekannt ist.

Wie voraus zu sehen, hat der Brief nicht geringe Wuth unter den Herren Antisemiten erregt. Wie dies allen Leuten geschieht, die eine falsche Position einnehmen, lebt der Antisemitismus fast ausschließlich von moralischer Entrüstung. Er vertritt nicht eine politische Idee, irgend welche politischen Grundsätze, er vertritt vor allen Dingen die „Moral“. Der Jude und wer für ihn Partei ergreift, bezw. nicht gegen ihn hegt, ist das Laster, und der Antisemit die Tugend. Er ist darum auch ewig gekränkt, ihm geschieht immer bitter Unrecht, selbst wenn Jemand, den er anfaßt, ihm nicht nach den Worten der Schrift die rechte Wange hinhält, um auch auf diese zu schlagen, sondern den Faustschlag mit Zinsen zurückgibt, ruft er entrüstet aus: Pfui, wie jüdisch! Wie die Tugend überhaupt, so ist auch der Antisemit der ewig Verkannte.

Und so hat ihm denn auch Friedrich Engels bitter Unrecht getan. Und nicht nur das. Er hat auch, natürlich wider seinen Willen, den von Grund aus lasterhaften Charakter der Sozialdemokratie enthüllt.

Sehr ergötzlich ist das im Stöder'schen „Volk“ nachzulesen in einem Artikel, betitelt: „Offene Bekenntnisse eines Sozialdemokraten.“

Jeder Mensch hat seine Schwäche. Und die Schwäche der Stöder'schen ist die Wahrheit. Man macht sich gar keine Vorstellung davon, wie diese Leute die Wahrheit lieben. Man könnte es fast einen Götzendienst nennen, den sie mit der Wahrheit treiben; aber kann man in der Hochhaltung der Wahrheit je des Guten zu viel thun? Sicherlich nicht. Und so ist denn das Erste, was der Stöder'sche in dem Brief des „berüchtigten Sozialdemokraten“ Engels entdeckt, „eine Unwahrheit“.

Diese steckt in dem Satz: „Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur, und findet sich deshalb auch nur in Preußen und Oesterreich.“

„Nein, Ansland“, heißt es bei Engels. Das läßt der Stöder'sche fort. Dafür wird aus Preußen, wovon Engels in seinem Brief noch die Rheinlande ausdrücklich ausnimmt, im Handumdrehen — Deutschland, „Andererseits aber ist es eine, gelinde gesagt, Unvorsichtigkeit, Deutschland als in der Kultur zurückgeblieben zu bezeichnen.“ Das wirklich für diese Schledchtigkeit gebührende Wort ist der Stöder'sche zu anständig, zu gebrauchen. Er überläßt es dem Leser, den „ihm kräftig genug erscheinenden Ausdruck“ zu finden. Und er gibt Herrn Tissot den Rath, wenn er wieder ein „Berleumdungswerk“ über Deutschland schreiben will, bei Friedrich Engels in die Schule zu gehen.

„Und die — Wahrheit, die Wahrheit ist gerettet.“

Nach diesem erbaulichen Präudium wird das sozialdemokratische Scheusal in seiner ganzen Verworfenheit bloßgestellt. Diefelbe offenbart sich in folgendem Satz:

In Preußen und Oesterreich ist es der dem Untergang durch die großkapitalistische Konkurrenz verfallene Kleinbürger, Justizhandwerker und Kleinräumer, der den Chor dabei bildet und mitspricht. Wenn aber das Kapital diese Klassen der Gesellschaft vernichtet, die durch und durch reaktionär sind, so thut es, was seines Amtes ist und thut ein gutes Werk, einerlei, ob es nun semitisch oder arisch, belanitten oder gelanitt ist; es hilft den zurückgebliebenen Preußen und Oesterreichern vorwärts, daß sie endlich auf den modernen Standpunkt kommen, wo alle alten gesellschaftlichen Unterschiede aufgehen in dem einen großen Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern. Nur da, wo dies noch nicht der Fall, wo noch keine starke kapitalistische Klasse existirt, also auch noch keine starke Lohnarbeitersklasse, wo das Kapital noch zu schwach ist, sich der gesammten nationalen Produktion zu bemächtigen und daher die Effektenbörse zum Hauptausgang seiner Thätigkeit hat, wo also die Produktion noch in den Händen von Bauern, Gutsherren, Handwerkern und ähnlichen aus dem Mittelalter überkommenen Klassen sich befindet — nur da ist das Kapital vorzugsweise jüdisch, und nur da gibt es Antisemitismus.

Hier kennt die moralische Entrüstung des Stöder'schen keine Grenzen. „Hört ihr es, ihr Bauern und Handwerker, ihr Kleinbürger und Kleinräumer“, ruft er empört aus, „ihr seid „aus dem Mittelalter überkommene Klassen, und wenn das Kapital euch vernichtet, so thut es — ein gutes Werk“. Und es folgt eine Philippika, die wirklich zu schön ist, als daß wir sie unsern Lesern vorenthalten sollten:

Das schreibt ein Sozialdemokrat, einer von den Leuten, die das Wohl des Volkes, des ganzen Volkes, zu wollen vorgehen. Der Sozialdemokrat wünscht, daß ihr untergeht. Er will euch nicht haben, nicht einmal erhalten, er will euch zu Lohnarbeitern herunterdrücken. „Alles muß verrungeniret sein!“ Und da die Juden es am besten verstehen, euch aus Schmeiche das Fell über die Ohren zu ziehen, so sind sie Herrn Engels willkommen. Die Verächter und Herabseher eures Wohlstandes, jene glückseligen Ausbeuterklasse, die euch durch Wucher von Haus und Hof treibt, die euer Geschäft durch Schwindelkonkurrenz

ruiniert, sie vertheibigt der Sozialdemokrat gerade um ihrer Schandthaten willen. Er leugnet den zerschenden National-Charakter der Juden nicht. Bewahre! Er liebt sie um des willen. Sie machen seine Geschäfte. Denn sie proletarisiren den Mittelstand. Und der Proletarier fällt dann unrettbar der Sozialdemokratie anheim.

Ein verteuert listiger Plan, wenn er nicht so verteuert ist um die Wahrheit! Welcher Handwerker, Bauer, Kleinbürger, Kleinräumer wird nach diesen Eingeständnissen eines sozialdemokratischen Führers noch für die Sozialdemokratie eintreten? Nur die allerblühmsten Händer, wählen ihre Wegger selber.“ Daß die Sozialdemokratie den Handwerker und Bauern nicht wohlwollt, — obgleich sie auch aus diesen Kreisen genug Stimmen bekommen hat — war bekannt. Daß ein Sozialdemokrat in so zynischer offener Weise die schleimigste Abneigung des Handwerkers, Bürger-, Kaufmanns- und Bauernstandes bekräftigt, ist ebenso neu wie lehrreich.

Die Sozialdemokraten verurtheilen den Mittelstand zum Tode, weil er ihrer Herrschaft im Wege steht. Die großkapitalistische Juden vollziehen dies Urtheil. Jene die Richter, diese die Henker.

Ihr Kleinbürger und Kleinräumer, ihr Handwerker und Bauern, wollt ihr euch diesem Richterpruch unterwerfen? Wollt ihr wirklich euch fernerehin die Strafe selber drehen und mit dem ausbeutenden Judenthum geben?

Punktum. Und wenn „Kleinbürger und Kleinräumer, Handwerker und Bauern“ nun nicht sofort hingehen und, soweit sie früher der Sozialdemokratie zugestimmt, dieser den Rücken kehren, dann ist Hopfen und Malz an ihnen verloren.

Aber leider, leider gibt es unter diesen Leuten eine große Anzahl verstorben Seelen, die da sagen: nicht derjenige ist mein Feind, der mir das Schicksal zeigt, dem ich so oder so entgegengehe, sondern derjenige, der mich darüber täuscht und meine Anstrengungen in falsche Bahnen lenkt. Und da die Auffassung, der Hr. Engels in seinem Brief Ausdruck gibt, zwar unbestritten sehr lehrreich, aber doch nicht so „neu“ ist, wie die Stöder'schen meinen, sondern schon seit etlichen vierzig Jahren in den Schriften von Marx und Engels niedergelegt und seit einem halben Menschenalter von der deutschen Sozialdemokratie propagirt worden ist, die dabei groß und stark wurde und ihren Anhang unter Kleinbürgern und Kleinräumern, Handwerkern und Bauern nach Tausenden und Aber-tausenden zählt, so ist in der That zu fürchten, daß diese „Verführer“ auch fürderhin bei den Wahlen ihre Wegger-lichen lassen und — um beim Bild zu bleiben — den Weggern ihrer Wegger ihre Stimme geben werden.

Uebrigens ist dem Stöder'schen beim Zitiren des Engels'schen Satzes ein kleines Malheur passiert, das zwar auch „nicht neu“ ist — denn im Zitiren sind die Herren die reinen Schlemihle — aber um so lehrreicher. Bei Engels' fängt die zitierte Stelle wie folgt an:

„Es ist in Preußen der Kleinadel, das Junkerthum, das 10,000 Mark einnimmt und 20,000 Mark ausgibt und daher den Wucherern verfallt, das in Antisemitismus macht.“

Dieser Vorberjay ist dem Stöder'schen aus der Scheere gefallen und zwar so unglücklich, daß er auch gleich das „und“ des folgenden Satzes mit sich riß. Warum aber ließ der Stöder'sche Scheere diesen Satz fallen? Nun, aus demselben Grunde, aus welchem die Stöder'sche Feder bei dem christlichen oder arischen Kapital einen respektvollen Knicks macht und erst, sobald vom jüdischen Kapital die Rede ist, wieder in Bewegung geräth. Das ist zwar sehr hübsch gemeint von der Stöder'schen Feder, bringt sie aber in immer größerem Konflikt mit der Wirklichkeit. Denn da wir selbst in Preußen — und dies mag das patriotische Herz des Stöder'schen über die Engels'sche „Berleumdung“ trösten — mit Riesenschritten in der Kultur vorwärts marschiren, so hört auch dort das Kapital auf, „vorzugsweise jüdisch“ zu sein. Den Bauern ruiniert nicht der jüdische Kaufmann, sondern sein christlicher Konkurrent, der auf großem Maßstab produzierende moderne „Landwirth“, und der jüdische Wucherer spielt höchstens dessen Exekutor. Den Handwerker vertriebt der Großfabrikant aus seinem Junitparadies, und dieser ist in neun von zehn Fällen „ädhlich unbedachtener“. Aber auch der Erzengel des Großfabrikanten, der Großhändler, ist selbst in Preußen in seiner großen Mehrheit „arischen Stammes“. Es war ein Mann, den der Stöder'sche als das Muster eines eidsüchtigen Mitbürgers gelten läßt, der in Berlin unablässig auf Aufhebung des aus der „guten alten Zeit“ stammenden und den zahlreichen Kleinhandwerkern und Kleinhändlern in der Umgebung von Berlin löhnenden Abjag bietenden Weihnachtsmarktes drang und ihn auch wirklich aus seiner Nachbarschaft vertrieben hat. Wieviel christliche und jüdische Kleinhändler Herr Rudolph Herzog sonst als triumphirender Großhändler aus dem Markt geschlagen hat, läßt sich natürlich nicht in Zahlen berechnen, sowenig wie die Zahl der durch den katholischen „Loutre“ in Paris ruinierten Kleinhändler; aber sicher ist es, daß ihrer nicht wenige sind.

Auf dem Papier läßt sich das alles verschweigen und verdrehen, aber je lauter die Wirklichkeit dagegen spricht, um so hoffnungsloser ist die ganze Antisemiterei. Was nützt dem Handwerker, dem Bauern, dem Kleinhändler die Vereitigung des jüdischen Kapitalisten, wenn der christliche Kapitalist bleibt und ihn genau so zu Grunde richtet und in seinen Dienst preßt? Sie sind gegen diesen nur noch ohnmächtiger, eben weil er als vollwerthiger „Landsmann“ noch rücksichtsloser gegen sie vorgehen darf.

Unschädlichmachung des christlichen wie des jüdischen Kapitals bietet ihnen aber der Antisemit nun einmal nicht und kann er ihnen auch nicht bieten. Dazu sind wir — noch einmal tröste Dich, Stöder'scher — selbst in Preußen zu weit vorgeschritten. Was er ihnen bieten kann, sind nur leere Versprechungen und Deklamationen. Diese sind aber sehr kurzlebig und ziehen „einmal und nicht wieder“.

Mit moralischen Nebenarten, selbst wenn sie die Form von Klüchen annehmen, richtet man nichts gegen die Kapitalherrschaft aus. Gegen sie gibt es nur ein Mittel, und Engels zeigt es auch an:

„Je stärker das Kapital, desto stärker auch die Lohnarbeiterklasse, desto näher also das Ende der Kapitalistenherrschaft. Uns Deutschen, wozu ich auch die Wiener rechne, wünsche ich also recht stotte Entwicklung der kapitalistischen Wirthschaft, keineswegs deren Verjümpfen im Stillstand.“

Diesen Satz hütet sich der Stöder'sche abzu drucken, er würde ihm das Konzept verderben. „Verjümpfen der kapitalistischen Wirthschaft“, das ist ein fatales Wort. Wen soll es verlocken? Den Kapitalisten? Der will sich ausdehnen und braucht dazu Bewegungsfreiheit. Den Handwerker, Bauer und Händler? Dem ist damit nicht geholfen, denn der Druck des Kapitals bleibt. Den Proletarier? Für diesen heißt es Veremigung seines Glends, seiner Knechtschaft. Nein, für alle, die die Kapitalherrschaft bedrückt, gibt es nur eine wirkliche Rettung, und die liegt in der Vereitigung der Kapitalwirthschaft, die nur dadurch bewirkt werden kann, daß an Stelle der kapitalistischen die gesellschaftliche Produktionsweise tritt. Und dies wird um so eher geschehen, je schneller sich die Entwicklung des Kapitalismus vollzieht.

Soweit es bis zu diesem Zeitpunkt eine Rettung für die einzelnen Mitglieder der aufgezählten Erwerbsklassen gibt, besteht dieselbe darin, daß sie sich selbst soviel als möglich modernisiren, den veränderten Produktionsbedingungen anpassen. Es ist das zwar keine glänzende Perspektive, die ihnen damit gestellt wird, aber sie entspricht der Wahrheit. Die Entwicklung in dieser Richtung drängt sich ihnen auf, ob sie es wollen oder nicht. Der aber ist um so besser daran, der diesen Prozeß bewußt vollzieht, und darum ist die Sozialdemokratie eine viel bessere Freundin der in Handwerk, Handel und Landwirtschaft thätigen kleinen Leute, als diejenigen, die sie mit Illusionen nähren und dadurch ihre Abhängigkeit nur noch vergrößern.

Mag daher der Stöder'sche noch so laut schreien, er wird uns dadurch nicht abhalten, das offen auszusprechen, was wir für richtig erkannt haben. Daß ihm das „zynisch“ vor- kommt, wen soll das wundern? Niemand pflegt lauter: „Haltet den Dieb!“ zu rufen, als der Dieb selbst und seine Spießgesellen. Wer aber die Geplagenheiten dieser Junst kennt, läßt sich durch dies Manöver nicht beirren. Er packt die Schreier, kehrt ihre Taschen um, und siehe da, die christlich-germanischen Volksfreunde sind als — Agenten des großen Ausbeuterthums entlarvt.

### Die Russenverhaftungen in Frankreich.

Paris, den 31. Mai 1890.

Die Sucht der verschiedenen Regierungen, einander reaktionäre Stiefelwagendiensterdienste zu leisten, die gelegentlich in Oesterreich und zu allen Zeiten in Deutschland die widerlichsten Formen des politischen Lakaios- und Büttelethums für den Jaren annehmen, hat nun auch Frankreich angefaßt. Letzte Donnerstag, in früherer Morgenstunde, fanden in der hiesigen russischen Kolonie zahlreiche Hausdurchsuchungen und 14 Verhaftungen statt, von denen 12 aufrecht erhalten worden sind. Anlaß hierzu sollen angeblich in der Umgegend von Paris Seitens russischer „Terroristen“ angelegte Verläge mit Dynamitbomben geliefert haben, die die Polizei auf die Spur einer Gruppe „Terroristen“ geführt hätten. Bei mehreren verhafteten Personen (Kleinlein, Kramnikoff oder Kischingoff, Stepanoff) soll man Nitroglycerin und andere Sprengstoffe, bei Drioff und Bestoff, sowie Kischingoff Metallhüllen gefunden haben. Bei einem Fräulein Bromberg, Studentin der Medizin, sollen 15 fertige Metallhüllen für Bomben entdeckt worden sein. Solange die Untersuchung nicht thätiglich feststeht, daß Bomben fabricirt und zwar zum Zwecke eines Attentats fabricirt worden sind, hat man sich allen derartigen Angaben der Polziet gegenüber durchaus misstrauisch zu verhalten. Wer konnte nicht die berufsmäßige Gefährlichkeit derselben, aus Kläden Giephanten zu machen! Und da die Mehrzahl der Verhafteten medizinischen oder chemischen Studien oblagen oder Gelehrten waren, so hat das Vorhandensein solcher Stoffe, welche in ihren Verbindungen explosiv wirken, und das Auffinden leerer Metallhüllen allein noch nichts Außergewöhnliches an sich. Allerdings kann man auch aus diesem Umstand allein noch nicht das Gegentheil behaupten. Wunderbar mußte nur erscheinen, daß die kompromittirten und zum Theil sehr gefährlichen Substanzen der verschiedenen Personen vertheilt gewesen, so daß bei der eventuellen Entdeckung diese Leute kompromittirt werden mußten. Wie gesagt, solange die Anklage nicht thätigliche Beweise geliefert hat, kann man mit Bestimmtheit der Person der Polizei keinen Glauben schenken.

Das Geschrei über die Fabrikation angeblicher oder wirklicher Bomben, das die französische Presse erfüllt, im Anlande ein Echo findet und dem Spießbürgerthum Grinsen macht, bedarf nicht offenkundig, die öffentliche Aufmerksamkeit von einem Unbedeutenden abzu lenken, das die französische Polizei in platter Liebedienerei vor dem Henker aller Reuegen begangen. Die Ausföhrung dieses Unbedeutenden — die Konjunktation der Korrespondenz im Ausland lebender Revolutionäre mit Gesinnungsgenossen in Ansland, um Letztere kennen zu lernen und unschädlich zu machen — war der Hauptzweck der „glücklichen Kaxija gegen die Terroristen, welche das französische Gastrecht mißbrauchten“. Die angebliche Fabrikation von Bomben schlug man, aber die Auslieferung

der Korrespondenz meinte man, Welt wahrheitsföhrlicher, als daß die französische Polizei durch Experimente in Rußland auf das verbrecherische Treiben der Beschwörer aufmerksam gemacht wurde, ist, daß das russische internationale Spionagemittel, mit der russischen Vorkauf an der Spitze, der französischen Regierung einen Vorschub gegeben, auf welche Weise sie sich dem "Kriegsplan" beherrschen lassen konnte. Die Vermutung wird dadurch bestätigt, daß die französische Polizei besser unterrichtet über die Personellen und Axteneigenschaften der verhafteten Personen war, als deren Kameraden. Sie mußte von jedem Umstand, von dessen moirer Name kannte, ob und woher er schon in Rußland verurteilt worden war, Bescheid haben und spricht die Theorie für die oben erwähnte Vermutung, daß die Polizei eine ganze Reihe von Personen behandsucht oder verhaftet und sämtliche in deren Wohnungen vorgefundenen Briefe, Dokumente, Broschüren u. s. w. sorgfältig, nacheinander, die betreffenden keine Spur von Dynamit x. vorhanden war, in dieselben ablosat keine Beziehungen mit dem Personen unterhalten, bei denen man Sprengstoffe gefunden haben will. So hat man z. B. bei B. Kowoff gehandelt, bei Serebriakoff alle Papiere weggeschleppt, trotzdem die persönlichen Untersuchungen nichts Verdächtigendes ergeben hatten. Ferner sind die beiden polnischen Genossen Mendelssohn und Dembski verhaftet und ihre Papiere konfisziert worden, obgleich die Hausdurchsuchung nach verdächtigen Stoffen resultatlos geblieben. Durchaus nach Verhaftung ist auch die Verhaftung des Franzosen Hedorowa (Kraopolina genannt), welche keinerlei Beziehungen mit Kowoff, Serebriakoff u. s. w. hatte, in deren Wohnung außer Antiquaria und Chinapoker nichts entdeckt wurde. Ihr einziges Verbrechen besteht darin, daß sie mit Kowoff und dessen Frau zusammen eine größere Wohnung inne hatte. Da aber Frau Hedorowa bereits in Rußland in einem politischen Prozeß verurteilt worden, auch bereits 3 Jahre Gefängnis verbüßt hatte und zu 8 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt worden, aber auf dem Transport entkommen war, wußte man, interessante Korrespondenzen bei ihr zu finden. Frau Hedorowa lernte das Köcheln, sie hatte angefangen, sich eine besondere Fertigkeit zu erwinden und lebte durchaus zurückgezogen, ohne Beziehungen mit den kämpfenden Revolutionären. Schließlich verhaftet sie wahrscheinlich nach die Bedeutung der Politik, weil Bromberg, die ganz außerhalb der revolutionären Welt stand und jedenfalls mit Recht behauptet, die Wisse mit Bomben, die man bei ihr gefunden, von einem Unbekannten erhalten zu haben. Die Behauptung ist nichts Unwahrscheinliches, wenn man weiß, was oft die Vorbereitung, daß russische Studenten, die ihre Wohnungen oft wechseln, Keulen, die sie kann gesehen, sitzen u. s. w. x. zur zeitweiligen Aufbeziehung anbrachten.

Nach dem man nicht, wie die Anklage lautet, oder sicher ist, daß die verhafteten und behandsuchten Personen, wenn ihnen kein Verstoß gegen das französische Gesetz nachgewiesen werden kann, aus Frankreich ausgewiesen und dadurch materiell schwer geschädigt werden. Denn die sie sehr leicht" waren, wird sofort das auf ihnen lastende Verdacht die nächste nach Rußland unmöglich gemacht. Die schlimmsten Folgen jedoch dürften die in Rußland lebenden Korrespondenten der betreffenden Menschnische in gewöhnlichen hollen, sozialistische Uebervandlung, administrative Verwicklung nach Sibirien, Zwangsarbeit und ähnliche Verurteilungen der russischen Behörden werden. Abermals schuldig in die Haltung der französischen Presse, etliche radikale Blätter, wie Katalke, Lanterne, Justice, angenommen. Dasselbe müßte sich in anderen Kreisen ausbreiten, daß es der französischen Polizei gelungen, dem "natürlichen Verbündeten der Republik", dem Herrn, einen Mehlstein zu erweisen, daß es dem französischen Mittelstand gelungen, das deutsche im Steppenland des Unmenschen um die Horengrünst um eine Halskette zu schlagen.

Ueber die Absichten x. der russischen Revolutionäre werden die obenbesprochenen Nachrichten kolportiert, deren einzelne Details die russische Presse bildet. So heißt es z. B. in einem Artikel des "Gaulois", die Bomben seien nicht für Rußland, sondern für Paris (1) bestimmt gewesen, die russischen Revolutionäre hätten mittels ihrer die Manifestation des 1. Mai fortsetzen wollen x. In Fontenay-aux-Roses, wo Mendelssohn wohnte, hat man das Gerücht ausgebreitet, dieser sei ein preussischer Militärspion, der absichtlich die Forts zeichnete. Die Folge davon ist, daß Frau Mendelssohn Abends die Fenster eingeworfen werden x. Auch, die russische Polizei arbeitet durch ihre mehreren Informationsbüros und durch ihre höheren journalistischen Redaktionen, gegen die Verhafteten Stimmung zu machen. Den gleichen Zweck verfolgen angebliche Telegramme über Manifestationen der russischen Bevölkerung, um der französischen Regierung für ihre bewiesene Billigkeit zu danken. Das Wagnis der französisch-russischen Allianz wird mit allen erdenklichen Lügen und Gerüchten gefüllt, um zu bewirken, daß das französische Volk der Vergewaltigung des Nordrechts zu Gunsten der russischen Regierung ruhig zusehe. Uebereinstimmend wird es mit Regenerierung der russischen Revolutionäre nicht sein Bewenden haben. Die angebliche oder wirkliche Fälschung von Dynamitbomben um den Vorwand liefern, um den Kreuzung gegen die in Frankreich lebenden Sozialisten zu unterstützen, den der "schneidige" Constanz schon vor Wochen angeündigt. Die große französische Bourgeoisrepublik darf sich doch von der kleinen Schweizerrepublik nicht bekommen lassen. Ein zufälliges Ereignis muß als Feindeslist für die Reaktion dienen, die sicher auch feigenblutlos gekommen wäre. W. R. S.

## Die preussisch-deutsche Erziehungsanstalt für Sozialdemokraten.

Brasilien, Ende April 1890.

Vor einiger Zeit brachte ein brasilianisches Blatt, „O Estado do Sao Paulo“, unter dem Titel „Die sozialistische Propaganda“, einen Artikel, der so ziemlich die Ansicht über die Ursachen des Wachstums der sozialistischen Partei in Deutschland und der enormen Zunahme der sozialistischen Wahlstimmen wiedergibt, wie sie deutsche Regierung und Volkstheorie zu ihrem eigenen Schaden hegen. Es heißt da: „In die Hauptstadt wird in Berlin“ gemacht. Man gibt vor, im „Berliner“ Bier zu trinken und zu rauchen, im Grunde genommen dient aber dieser Vorwand nur zur Verheimlichung des wahren Zweckes, nämlich jedem neu Eintretenden allmählich die „Sozialdemokratie“ beizubringen. Die Polizei kann natürlich nicht auf jedes einzelne „Bereichen“ aufpassen, und so ist es selbstverständlich den Sozialdemokraten leicht, immer freies Auswasch zu finden. — Jawohl, das könnte so sein! Wieviele Leute aber auf ganz anderem Wege wirklich überzeugungstreue Sozialdemokraten geworden sind und werden, wissen selber die preussisch-deutschen „Sicherheitswächter“ nicht. Daß die korrupten Staats- und Polizeiwirtschaftler selbst waffenhaft Sozialisten erzieht, glauben die „staatsbehaltenden“ Großen Deutschlands nicht, weil sie selbständiges Denken selbst niemals gelernt oder es sich im Schwachsinnigkeitsdienst wieder abgewöhnt haben und das Meiste auch bei ihren Nebenmenschen voraussetzen. — Daß ein brasilianisches Blatt der Ansicht ist oder die Ansicht in einer Uebersetzung reproduziert, daß in Deutschland allen Sozialdemokraten ihre Tendenzen erst von den Führern oder „Vorführern“ wie Schulbüchern beigebracht und aufgeschwatzt werden, können wie ihm feineswegs übel nehmen; denn in Brasilien pflegen sich bekanntlich über 90 Prozent des Volkes weder mit Lesen und Schreiben, noch mit Künsterthum und Republik, noch mit anderen politischen oder sozialen Fragen zu befassen. Sie hören einfach, was der Pfaffe von der Kanzel sagt. Wenn dagegen dem deutschen „Proletariat“ alljährlich der Steuerzettel in die Hand gedrückt wird, so hat er schon Veranlassung genug, Lesen, Schreiben, Rechnen und — „Nachdenken“ zu lernen. Und aus eben diesem Nachdenken ergeben sich dann ganz von selbst für jeden Einzelnen „gefährliche sozialistische Ideen“; er bringt die Leitenden schon fix und fertig mit in die „Bereiche“ und hat in der Regel nur die Freunde, im Bereich zu finden, welche seine subjektiven Anschauungen bereits ganz zu den ihrigen gemacht haben. Schwache, daß der „große“ Diebstahl nicht von seinem Abgange dem „Volke der Denker“ das Denken überhaupt konfirmativ verleiht konnte!

Nicht den Berechnen, sondern den „Nachdenken“ des deutschen Reichs

verbannt die Regierung das „Schneidige“ Resultat der letzten Reichstagswahlen. Der deutsche Mittelstand hat nicht vergessen, wie er 1887 vom großen Diebstahl an der Nase herum und zur Wahlurne geführt wurde, in welcher geraden gemeiner Weise der große Staatsmann dem Volke die Lügen des Reichspräsidenten aufgebunden hatte. So ergab sich die Regierung selbst ihre Wähler. Und wie ganz Deutschland überhaupt nur eine einzige große Menschnische der Sozialdemokratie überließ, in welcher Regierung und Polizei die Professoren spielen, und von welcher Preußen gleichsam die beste Klasse mit den besten Professoren vertriebt, davon sei es und gestaltet, hier einige der Besten! entnommene Epitaphen zu erzählen.

Unter unseren Bekannten besitzen wir einen Freund, der die „Ehre“ hatte, im preussischen Staatsdienst seine Karriere als Subalternbeamter zu beginnen. Daß diese Subalternen sich den höheren Ämtern „Staatsbeamten“ beilegen dürfen, im Bedienen aber noch unter dem Vorkonzeptarier stehen, sollte er bald erfahren. Bei einem Gehalt von 54, 60, 75, 100 und 125 Mark pro Monat dürfen diese „Staats-Beamten“ täglich 10, 12 und 15 Stunden zur Tages- oder Nachtzeit mit der Feder arbeiten. Doch halt, bis vor kurzer Zeit erhielten sie zu Weihnachten eine Gratia-Remuneration von ganzen 10 bis 15 Reichsmark, während die Herren Professoren, Regierungs- und Beamte z. B. an der Direction ihr ungeheures (!) Arbeitspensum täglich von halb 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 6 Uhr erledigen, dafür aber auch zu Weihnachten nur 500, 500 und 600 Mark für hervorragende Leistungen bekommen. Hatte der Staatsproletarier wohlgenommene Vorgesetzte, so konnte es ihm passieren, daß ihm monatlich noch 5 bis 6 Mark von seinem Vorgesetzten für Ordnungstrafen gestrichelt wurden, und wenn er an der „Anordnung“ so wenig Schuld trug wie ein neugeborenes Kind. Fährte er Beschwerde bei der Direction, so fand diese natürlich (militärisch) keine Veranlassung, die Strafverfügung der Unter-Instanz aufzuheben. Ja, in einem derartigen Falle müßte ein Vorgesetzter von einem Direktionsbeamten losgerückt die Worte hören: „Ja, wissen Sie, eigentlich sind Sie ja unschuldig; das steht auch die Direction ein, aber die Disziplin leidet doch nicht, daß wir Ihren nächsten Vorgesetzten Anrecht geben!“ Also mit Gott für König und — Disziplin, und wenn der „Staatsproletarier“ sammt Weib und Kind verurteilt!

Im Jahre 1884 hielt Rechtsrecht in Offenbach a. M. eine Wahlversammlung ab, und unser Freund drückte sich als „Staatsproletarier“ ungeniert als Führer unter die „Fabrik-Beamten“. Als er aber zufällig nach einer im Saale befindlichen Gallerie blickte, gewahrte er zu seinem Entsetzen 15 bis 20 ihm persönlich bekannte Subalternbeamte der Frankfurter königlichen Eisenbahndirection, welche den Worten des „unserer Reichsbeamten“ lauschten, trotzdem einige von ihnen sogar 3000 oder 3600 Mark jährliches Gehalt bezogen. Sie alle erlitten später beim Glase Bier, ganz bestimmt auch einen Anstoß wählen zu wollen, der der Regierung recht angenehm (!) sei die Weisheitsvermehrungen für die Herren Oberbeamten noch etwas erhöhen und dem Herrn Reichsbahnminister noch etwas mehr Leberöl schenken lassen würde. Einem sozialdemokratischen Verein gehörte keiner dieser „Beamten“ an, und doch fanden sie den Weg zu Vierzehn und hoffentlich auch einen entsprechenden Kandidaten zur Wahl! Wie viele von den übrigen Beamten der Direction mögen aber auch diesen Kandidaten gefunden und gewählt haben, die sich noch mit Rücksicht auf ihr tägliches Brod scheuten, einer öffentlichen sozialistischen Wahlversammlung beizuwohnen? Da lautet sich die Polizeibüro die Frage wurd um sozialistische Proletarier, und der Staat hat sie legionweise in seinen eigenen Bureau's sitzen! Wie kommt das, liebe Staats-Beamte?

Wer wählt z. B. gerade in Frankfurt a. M. den sozialdemokratischen Kandidaten? Frankfurt ist in erster Reihe Handelsplatz. Der Fabrik-Beamten sind da weniger als der „gebildeten Proletarier“, wie der vormalige eiserne Kanalar sie nennt. Die gebildeten Proletarier sind zum vorwiegenden Theil Handlungsgehilfen bei — selbstredend — national-liberalen Großhändlern, die bekanntlich von der Regierung die nötige Unterstützung bei ihrer künftigen Ausbeutung der Arbeitskräfte erwarten. Kommt mit 45, 50 und 60 Mark monatlichem Salair und täglich 15—16 Stunden Arbeitzeit sind in Frankfurt wie im übrigen Deutschland längst keine Seltenheit mehr; selbst in Geschäften mit einem jährlichen Reingehalt von 50,000 Mark. Wenn da drei Kommissen dem Herrn Prinzipal, der oft dümmert, als der eben eingetretene Handelslehrling, die Arbeit belegen, erhalten sie jährlich zusammen 3000 Mark, und 47,000 Mark fracht der Herr Prinzipal in die Tasche; es ist ja sein Geld und sein Kapital, welches das Geld „verdient“. So gerecht, anerkennen, daß der Gewinn wesentlich auch der Intelligenz und Thätigkeit der armen Gehilfen zuzuschreiben ist, sind Wenige der national-liberalen Geldhygen. Die kaiserlich-königliche Staatsregierung zeigt es ihnen ja auch am Besten, wie's gemacht wird! Fragt die Steuerkommission den Herrn Prinzipal, wieviel Salair der Kommiss erhalte, so erhält sie genaue Auskunft, und der hungernde Kommiss zahlt seine Abgaben danach für Heller und Pfennig. Wird dagegen der Herr Prinzipal nach seinem eigenen Einkommen gefragt, so macht es ja nichts, wenn er 10 bis 20,000 Mark weniger deklarirt und die Staatskasse um die betreffende Steuer auf Kosten der Arbeiter, Gehilfen und Staats-Beamten betrügt. Ohne Mitglied von Vereinen zu sein, weiß da jeder gebildete Proletarier, wenn er bei der Wahl seine Stimme zu geben hat. Es wäre stark, ihm zumuthen zu wollen, etwa einen Parteibruder in seiner Interessensvertretung zu beiraten. Immer wieder zeigt die famose Staatswirtschaft selbst dem Nachdenkenden den Weg, auf dem er „Sozialdemokrat“ wird, so sie drängt ihn förmlich auf diesen Weg.

Auf der Eisenbahnstation Bornum-Nitterdshausen war, nach vor wenigen Jahren ein armer Krüppel mit nur einem Arme zu sehen, den Kindern hatte er bei einem Unfall im Eisenbahndienste verloren. Die „Königliche“ Verwaltung beauftragte ihn u. M. mit der Arbeit, von den entlassenen Güternwagen die alten Vellebeizettel zu entfernen und zahlte ihm einen Tagelohn von sage und schreibe 30 Kreuzig Reichs-Münze. Auf diese Weise hatte die schlaue Verwaltung gleichzeitig etwaige Haftansprüche von sich abzuhalten gewußt. Eines Tages übernahm der arme Teufel, einen alten Vellebeizettel abzutragen, und ein herumstrolchender Revolver bemerkte die Folge war eine „Ordnungsstrafe“ von 75 Pfg., also fast einem ganzen Tagelohn, ein Anstoß, der den unglücklichen Krüppel empfindlicher trifft, als der Ausstoß von 75 Mark den besser stützten Mann. Jemand welche Unzulänglichkeiten wären im gegebenen Falle durch das Weibchen des alten Teufels gar nicht entstanden. Das Häßliche bei der Sache aber ist, daß demselben Krüppel, in welchen die 75 Pfg. des armen Krüppels, dem das Glied aus Gesicht und Kleidung schaute, Kosten, die Wohlthätigkeitsgesellschaft für die Herren Oberbeamten entnommen werden. Für derartige Zustände kann jeder gerecht und menschenföhrlich fühlende nur ein „Bist“ haben, und wer die Umkehr von solchen Zuständen zu Gerechtigkeit und Menschlichkeit aufdringt, kann nur einem Sozialdemokraten seine Stimme geben.

An diesen Beispielen aus der Staatsbahnverwaltung dürfte man schon genug haben. In den übrigen Staatsverwaltungsorganen ist die Wirklichkeit keine bessere; denn der regierende Geist geht von der Zentralinstanz aus, und die nachgeordneten Schwächlinge haben das dem Ober-Direktor zu gehorchen; dann kann die Auszeichnung bei der Hand-Prämierung, die auch zuweilen „Ordensfest“ genannt wird, nicht fehlen.

Wie steht es mit der Justiz? In einem Dorfe des Regierungsbezirks Kassel existirt ein Bürgermeister, welcher eines seiner Beamten eine Gemeindefest auf drei Jahre verpachtete. Als der Bauer im zweiten Jahre den Graswuchs abmählte, erstattete der ihm feindselig gestimmte Bürgermeister gegen ihn Anzeige wegen Diebstahls. In der Gerichtsverhandlung behauptete der wackere Bürgermeister als Zeuge, die Wiese sei auf ein Jahr verpachtet worden. Der Vorsitzende fragte den Bauer, ob denn nicht vielmehr eine schriftliche Abmachung z. B. darüber stattgefunden, worauf der Bauer den vom Bürgermeister selbst niedergeschriebenen und unterzeichneten Pachtvertrag aus der Tasche zieht, der deutlich auf drei Jahre lautete und sogar in mehrfacher Weise die Pachtzeit ausgedrückt enthielt. Auf die Verhaltungen des Vorsitzenden hatte der Bürgermeister noch die damals dreifache Antwort, „das sei ein Schreibfehler“ (!). Der Bauer mußte natürlich freigesprochen werden; die Kosten trug — die Staatskasse oder, richtiger gesagt, der Steuerzahler. Was geschah nun gegen den offenbar meinelidigen Bürgermeister? Nichts! Der Bauer beantragte dessen Strafverurteilung wegen Meineids, der Herr Staatsanwalt konnte keine Veranlassung hierzu finden, der Herr Oberstaatsanwalt

ebenfalls nicht, welcher abdreht in der unverdächtigsten Weise den armen Bauer mit weiteren Schritten gegen ihn selbst bebrachte, wenn er dem Herrn Bürgermeister „Derartige nachgelagte! Der Justizminister endlich sagte, er könne der Oberstaatsanwalt gegenüber weiter nichts thun! Noch heute spielt der meinelidige Schuft preussischer Vorkaufmeister! — Solche Zustände in einem „Rechtsstaat“! Solche Leistungen bringen der Herr Staatsanwalt in Hanau und der Herr Oberstaatsanwalt in Kassel fertig, wenn es sich um einen aus ihrer „Straßenfamilie“ handelt. Ein gelungenes Gegenstück in der That, zu der Entrüstung, welche gewisse Reichstagsmitglieder in Bezug auf die angebliche Verherrlichung des Meineides durch Sozialdemokraten an den Tag legten! Wen soll der tyrannisierte Staatsbürger wählen, wenn nicht einen Mann, der fest entschlossen ist, mit Justiz und Verleumdung, wie die eben geschilderten, ganz gründlich aufzuräumen? Wer erzieht also die feindsichtigsten Sozialdemokraten? Die Herren Staatsanwälte und Geschworen selbst, wie die meinelidigen Bürgermeister und aller Missethäter durch Polizeibüro die „Lügen“ der heutigen Druckenwirtschaft ausmachen.

Betrachten wir uns auch einen Polizeibüro, d. h. einen willkürigen Beschaffen der Staatsanwaltschaft. In einer Stadt des Regierungsbezirks Kassel führte der Polizeibüro Lehmann Jahre hindurch ein Leben „wie Gott in Frankreich“. Der Dienst war so wenig anstrengend, daß er mehr Zeit, als eigentlich nöthig, auf seine leibliche Pflege verwenden konnte. Pöbel, Meßger und Prügele wußten davon ein Lied zu singen; denn im Punkte des Verzehrs nahm er Lehmann nicht sehr genau, konnte er doch die Beschäftigten leicht sehr Wohl durch oberflächliche Besuche in ihrem Gewerbebereich u. dgl. sichten lassen. Preussische Polizeibüro wußten ja, wie's gemacht wird, um sich nicht etwa „Abend und Erziehung“ zu Schulden kommen zu lassen! Als Lehmann bei einem Wirth einen kleinen Kampf von hundert 100 Reichsmark verlor, mußte dieser, und — daß darauf sehen sich Wirth und Lehmann — mit einem Strafverfahren wegen Hazardspiels“ begehrt. Unser Lehmann war Demagog. Durch die Jugenderziehung konnte der Geschick nur konstatiren, daß allerdings Karten spielen in des Wirthes Lokal gebräuchlich waren, und daß zuweilen auch ein Spieler selbstverständlich 20, 30 oder 50 Reichsmark gewonnen oder verloren habe. Ein Hazardspiel vermochte das aber selbst der dem Staatsanwalt nicht sehr willkürige Richter nicht zu nennen, und es mißte Freisprechung erfolgen. (Die Kosten trug, wie immer die Staatskasse, richtiger die Steuerzahler.) Am kommt das Beste! Provoziert durch diese Nichtswürdigkeit des Polizeibüros machte sich Öcher der falsche Ansehenshüter mit einer objektiv und förmlich gehaltenen Einsache an den Vorgesetzten des Büros, den königlich preussischen Landrat zu Fulda — natürlich einer der „Gedultigen der Nation“ — indem er diesem über das Verhalten dieses ihm untergebenen Subalterns Aufklärung gab und ihm weitere Schritte anzeigte. Der würdige Landrat freute sich, statt seinen Dienst zu versehen, solange in Beschäftigung mit dieser trotz Feindensache, bis in die tiefste Nacht hinein; kurz, um zu sagen und zu schreiben, sei schon verächtlich total betrunken auf offener Straße gesehen worden, führte in Beschäftigung öffentlich unzüchtige Reden, habe die Kellnerinnen gegenüber gewisse „Ehrliche“ erlaßt und sei von einer solchen Beschäftigung einmal in öffentlichen Lokal gebräuchlich worden u. s. w. — kurz ein netter „Hüter des Meines“). Gegen waren für alle Behauptungen angegeben; statt daß aber der Herr Landrat eine Unternehmung für die Waise wirth hielt, kam der Herr Staatsanwalt sofort mit einer Verleumdungs-Flage, sogar gegen den erwähnten Wirth, welcher die Einsache gab des Anderen bis in die Wälder gehen in den Briefkasten des Landratsamt besprochen worden hatte. Trotz aller Jugenderziehung verurtheilte der würdige Subalternrichter (vielleicht Schöffe) verurtheilte ja gerne von vornherein auf eine selbständige Meinung! die Wirth zu einer Geldstrafe von je 20 Mark wegen „Verleumdung“ des Ministeriales des Polizeibüros. Von Rechts wegen. Wo bleibt da die Verfassung, welche dem Staatsbürger dieses Recht gewährt, und welche vom Staatsoberhaupt beschworen ist? (Man denkt da unwillkürlich wieder an die Verherrlichung des Meineides.) Man müßte offenbar dem deutschen Mittelstand, zu den Schicksalgeiten eines geknackten Polizeibüros, zu dessen Unterhalt er Steuern zahlt, Schweigen zusehen zu müssen! Wundert man sich da immer noch, wenn Staatsoberhaupt und das korrupte Regierungssystem sich schließlich einer radikalen Opposition gegenüber sehen, der sie ohnmächtig unterliegen müssen? Gerade diese Beschuldigungen des geknackten Menschenverstandes und der Gerechtigkeit bringen den denkenden, christlichen Menschen zur Erkenntnis, daß eine radikale Umgestaltung, wie sie der Sozialismus erstrebt, allein alle diese Uebelstände verschwinden lassen kann. Fülle, wie die von uns erdachten, kommen tagtäglich im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte vor. Hunderte und Tausende von Bürgern können davon erzählen, und so lange es so bleibt, wird (ganz abgesehen von volkswirtschaftlichen Fragen) der sozialistische Stimmengewinn fortbauern, ohne daß die „Volksgeduldigen“ überhaupt nur den Mund aufzuhalten brauchen; denn die Propaganda macht das herrschende Regierungssystem in seiner Reichswürdigkeit selbst, es macht Deutschland zu einer ausgezeichneten Erziehungsanstalt für Sozialdemokraten, in der es sich keine berechneten Todengräber erzieht!

Populus.

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 4. Juni 1890.

— Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Die „angenehme Temperatur“, welche bisher in dem neuen Reichthum herrschte und die liberalen Speisbürger so begeisterte, daß sie den Himmel bereits voll liberaler, fortschrittlicher und demokratischer Wohlgegnen haben, hat allmählich die längste Zeit gebrannt, und das Barometer deutet auf Sturm. Und das hat mit keinem numerischen Anzeichen der Militarismus gethan. Was für jeden halbwegs denkenden Menschen von vorn herein klar war, was aber das liberale (fortschrittliche, demokratische) Speisbürgerthum durchaus nicht sehen zu sollte — nämlich daß die neue Militärvorlage nur das dünne Ende eines gewaltigen Keils war, der dann später bis über's die Gabel hinaus in den Stamm der Volksherrschaft getrieben werden sollte — das ist in der Militär-Kommission mit rückhaltloser Offenheit eingestanden worden. Wir sind von Frankreich auf militärischem Gebiet überholt und, weil entfernt, Rußland und Frankreich gleichzeitig die Spitze bieten zu können, wie das früher, als es sich um die Durchschiebung des letzten Separatens handelte, in Aussicht gestellt ward, sind wir nicht einmal Frankreich allein gewachsen. Der „Dreibund“ ist zwar eine sehr schöne Sache und besteht auch nach in vollster Kraft, aber wir können doch nur auf uns selbst rechnen, und wenn wir ganz sicher sein und den Beifrieden, — wie man den gegenwärtigen Zustand zu nennen beliebt — dauernd erhalten wollen, so müssen wir unsere Kräfte einfach — verboppeln. Die Militärvorlage, die sich angeblich vor dem Reichstoge befindet, ist nur der Anfang einer Reorganisation, welche uns nicht zehn, nicht hundert, nicht tausend Millionen, nein, die Kleinigkeit von mindestens drei Milliarden kosten wird. — Das ist in unso die Anklage, durch welche der neueste Kriegsminister das gesamte liberale Speisbürgerthum verblüfft hat, entweder mit allen Qualitäten und Tribulationen des liberalen Speisbürgerthums zu brechen, oder den Kampf auf Leben und Tod mit dem Militarismus und — der Regierung aufzunehmen.

Mit einem Schlag hat sich die Situation geändert; aus dem Sonnenpfadchen, die den Reichstog so liebkösend gewickelt hatten, sind die dazwischen trägen Krallen hervorgezogen, und das Gespenst des Konflikts steigt dröhnend aus dem Boden.

Kein Zweifel — der Kriegsminister hat keinen Scherz machen wollen. Es ist ihm bitterer Ernst, und die Milliarden, welche von uns zur Verhinderung der bereits schon unerträglichem Militärisch gefordert werden, sind das Programm der Regierung — ein Programm, zu dessen Bewirkung um jeden Preis und mit allen Mitteln sie fest entschlossen ist.

Was ist da zu thun? Gegen oder brechen. Bedingungenloses Unterwerfung oder Konflikt. Entweder — Oder. Ein Dittsch gibt's nicht.

Von „Konfessionen“ will die Regierung nichts wissen. Die „zwei-

\*) Es ist hier unter den Russen üblich, zu zweien oder dreien größere Wohnungen zu wohnen, da dieselben relativ billiger sind als einzelne Zimmer.

...jährige Dienstzeit, die vom liberalen Reichsbürgerthum als "Komensation" angesehen wird, ist vom Kriegsminister in kategorischer Form für unmöglich erklärt worden.

Die gesamte wehrfähige Mannschaft soll in das stehende Heer eingereiht werden — und jeder Mann soll seine drei Jahre dienen. Kein demokratisches Wehrsystem mit allgemeiner Volkswaffenübung und kurzer Dienstzeit! Das wäre in der Zeit des Militarismus und des auf ihn sich stützenden Regierungssystems. Der Soldat soll nicht Bürger sein, er muß entbürgerlich werden, — gründlich entbürgerlich — sein ist er eine Gefahr für das herrschende System. Ja, die dreijährige Dienstzeit reicht eigentlich nicht einmal aus — hat der Kriegsmilitär ausgeführt. Und vom Standpunkt des Militarismus und des herrschenden Regierungssystems hat er ganz recht. Der demokratische, oder sagen wir lieber der sozialdemokratische Geist hat sich so tief in das Volk eingegraben, und die neuen Wehrsysteme und die neue Kriegsführung haben die militärische Ausbildung zu schwächen, daß es einer längeren Zeit als bisher bedarf, um den Rekruten in eine brauchbare Ordnung zu versetzen, die mit gleich üblicher Wirkung gegen den äußeren und inneren Feind zu verwehren ist. Und gegen den inneren in erster Linie. Das ist wohl festzuhalten. Der äußere Feind verwindet mehr und mehr in dem Hintergrund. Ein Angriffskrieg wird von Tag zu Tag seltener, ausbleibender, und für den Vertheidigungskrieg genügen die vorhandenen Kräfte, die sich bei dem begünstigenden System, den ein Vertheidigungskrieg im Gefolge hätte, ins Unerbliche steigern lassen.

Aber der innere Feind! — Auf den Kauf des Schwertes getauft — wie es in der Arbeit der deutschen Arbeiterbewegung Ferdinand Lassalle als Ideal vorzeichnete — will das soziale Reichthum der Hohenzollern die soziale Frage lösen. Nach dem Vorbilde Alexanders des Großen von Makedonien, der die Leibeigenschaft aufheben wollte, um dem verrottenen Judenthum soziale Lebenskräfte einzufloßen, will der Hohenzollernkaiser "den vierten Stand bereiten" — mit anderer Ehre und Macht des Hauses Hohenzollern. Und die deutschen Arbeiter sollen nicht "befreit" werden, sie sollen sich selbst befreien. Selbst ist der Mann. Geheime Freieier ist seinen Willkür nicht; Reich hat nur die erkämpfte Freiheit. Die russische Leibeigenschaft haben es erfahren — sie sind heute Schönerer daran, als vor der "Freiheit" durch das "milde Bismarck", sie haben die Freiheit des Junkerhauses vereint mit der Freiheit der Lehensgänger.

Verhängung sollen nun die deutschen Arbeiter nicht — insofern unterscheidet sich das soziale Königthum von dem sozialen Judenthum. Die Lebensnotwendigkeit soll ihnen gänzlich von oben her gegeben werden — nehmen dürfen sie sich nichts, nur dankend hinnehmen, was ihnen die irdische Vorsehung, genannt soziales Königthum, durch das bekannte Manipulieren des Junkerhauses bereichert.

Juchthaus! Herrliches Wort; von einem prophetischen Genie erfunden, welches die Zukunft abtut. "Jucht" die höchste hoffähige Kumans, welche die Lösung der sozialen Frage in irdischer Gestalt haben. Und "Haus" — die Wohnstätte und Pfanzschule der Familie, Schutz gewährt gegen die Unbillen der Witterung und die Verdrängung des Staates! Und die "Jucht" vermischt mit dem "Haus"; das hindert deutsche "Juchthaus", die Verwirklichung des "nationalen Juchthaus", das Juchthaus geträumt — "national" muß das sein, nicht vermischt von polnisch-jüdisch-französischen Ideen.

Und innerhalb des "nationalen Juchthaus" ist die soziale Frage zu lösen — der soziale Jucht ist der von der Vorsehung dazwischen geschickte — Verschlingung, Juchthaus, der die Arbeiter väterlich zur Arbeit antreibt, als Stellvertreter Gottes auf Erden sein Haar von ihrem Kopfe fallen läßt, ohne daß es väterlich registriert wird, der sie väterlich füttert, wenn sie ihr Getreue richtig vordrückt haben, und sie väterlich hungern läßt, wenn sie sich irgendwie gegen die "christliche Jucht" vergehen. Denn Jucht muß sein!

Die bösen deutschen Arbeiter aber, verführt und verderbt durch die Irrlehren der Gottselbigen Sozialdemokratie, wollen durchaus nichts wissen von den Sehnsüchten des nationalen Juchthaus und der "Freiheit, die ich meine", nämlich die das "soziale Königthum" meint, und die Arbeiter, das ist das Volk! Und das Volk ist hart. Wie es in das Juchthaus hineindringen? Und wie es drin halten? Das ist die Frage, das ist das große Problem des 19. Jahrhunderts.

Und die Lösung heißt Militarismus: der erziehende Militarismus, und der kampfende Militarismus.

Der erziehende Militarismus holt den jungen Arbeiter aus der Werkstatt oder Fabrik und steckt ihn in das Protokollbuch der Disziplin. Da gibt's keinen Widerstand — da wird das biergarme Menschenkind unbarbarisch in die eiserne Form eingegossen, mit eisernen Jangen gerade — Tag für Tag, Wochen lang, Monate lang, Jahre lang.

Ja Jahre lang! Keine abernen Sentimentalitäten von einjähriger oder zweijähriger Dienstzeit. Ein Jahr und auch zwei Jahre sind nicht genug, um den alten rebellischen Adam aus dem Menschenkind anzuschreiben. Naturam expellas furor — treibt man hinein, Natur aus Menschennatur auch mit der Witzgabel zum Tempel hinaus, er kommt doch immer wieder zurück, der absehbare Sünderlammel. Er muß zerbrockelt, zerrieben, zerhackt werden, in der Mühle des Militarismus, und das braucht Weile — mindestens drei Jahre. Kein, nicht einmal mindestens. Drei Jahre ist viel zu wenig. Nach drei Jahren ist die Formelung noch lange nicht so vollständig, daß die aneinandergerissenen Fasern nicht doch noch unkommen könnten. Und auch das letzte Atom menschlicher Individualität und individueller Menschlichkeit muß zerstört sein, da sonst die andern Atome sich wieder aufzusammeln könnten — und alles Menschliche muß aus dem Menschenkind heraus, ehe es die volle, d. h. willenslose, empfindungslose, chondraschische ist, welche der Militarismus braucht, und welche den Militarismus in Stand setzt, seine zweite Mission zu erfüllen, die der strafbenden Gerechtigkeit, welche die Ordnung sorgt im nationalen Juchthaus, und leben umhüllter, der die göttliche Juchthausordnung führt, mit der unerbittlichen Pünktlichkeit einer Maschine tödtlich oder tödtlich läßt.

Der innere Feind — volla l'ennemi das ist der Feind — der Feind par excellence. Und der Juchthaussozialismus des sozialen Königthums hat in dem Militarismus seine notwendige Ergänzung.

Der Vorstoß des Reichskriegsministers war also keineswegs ein coup de tête — eine Phantasie, eine Lamer: es war Logik und Konsequenz darin. Und wir müssen die Leiden zum Kampf härten.

Wir Sozialdemokraten werden allein stehen im Kampf. Alle anderen Parteien, auch die, welchen es vor dem neuen Programm des Kriegsministers graut, werden sich auf kompromissvolle Einlassung, und ratenweise bewilligen, was ganz auf einem Brett zu bewilligen, ihnen der Ruh fehlt.

Wir werden aber unter den günstigsten Bedingungen kämpfen — die Interessen des gesamten Volks — mit Abrechnung der vom Raub lebenden Minorität — kämpfen für uns.

In Deinem Vagel ist Oesterreich", sang 1848 ein kühler Dichter den alten Kader an. Nun mit mehr Wahrheit können wir Sozialdemokraten den von uns jagten: in unserer Vagel ist Deutschland. Der Militarismus ist eine soziale Krankheit, — durch den Sozialismus allein kann er curirt werden. Die Impotenz des Bürgerthums spielt uns den Sieg in die Hände.

Ein harmloses Vergnügen hat sich das Berliner Volkspräsidium gelistet. Es hat, nachdem es endlich durch vierte Hand ein Exemplar des zweiten Heftes der Zeitschrift "Nach zehn Jahren" in Besitz bekommen hat, dieses Monument von seiner und seiner Brudersinnlichen Schande auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Nachdem bereits 12,000 Exemplare dieses zweiten Heftes, und im Ganzen über 15,000 Exemplare des ersten Heftes der Zeitschrift zur Verbreitung in Deutschland gelangt sind, ohne daß auch nur ein einziges Exemplar von der Polizei abgefaßt wäre, kann man natürlich das Verbot lediglich humorig nehmen und im Uebrigen die Polizei beim Besuche noch beneiden, daß sie endlich ein Gefäß los ließ, auf Grund dessen sie im Laufe der zehn Jahre alles Mögliche geerntet hat, nur keine Vorbeeren. Wer als Polizeist noch nicht ganz

in den Verfall des politischen Spür- und Gehörtes aufgegangen ist, der dürfte, wenn am 1. Oktober der Krieg verhängen sein wird, das seinen Urhebern und Exekutoren die Hinterblicke der Zufälle gewährt hat, in der That erleichterter als irgend Einer der unter diesem Wochens Verfolgten in den Ruf ausbrechen: **W!**

Nach zwei andere Verbote seien bei dieser Gelegenheit registriert. Nicht weil ihnen an sich eine Bedeutung zuzurechnen, sondern wegen der besonderen Form ihrer Veröffentlichung. Das jedes Heft der in unsern Verlag erscheinenden "Sozialdemokratischen Blätter" auf den politischen Juchter kommt, ist ebenso bekannt wie die absolute Einflüßigkeit dieser Verbote auf die Verbreitung der Blätter. Selbst die damit verbundenen Strafbestimmungen im "Reichs-Anzeiger" und einem großen Theil der deutschen Presse, die sich selber so überaus nichtig erweist, ist allmählich überflüssig geworden. Unter Verzug braucht auch dieses Publikationsmittel nicht mehr. Wir registrierten die Verbotsverträge als etwas Anverwandtes, und damit Basia.

Wohlan, die beiden jetzt erschienenen Hefte der Sozialdemokratischen Blätter sind zwar als verboten im "Reichs-Anzeiger" ausgeschrieben worden, aber — mit Weglassung der, beim des Titels, dem beide Hefte führen denselben Titel, sie sind das erste und zweite Heft einer Sammlung derselben Hefte. Das hat aber fast nur: Seit XXX, bzw. Seit XXX der Sozialdemokratischen Blätter. Warum diese Neuerung? Es ist wohl, der Titel ist etwas gewisser: "Trug-Verträge" — so lange der Gehörstinnig war, bedeutete dieses Wort allen schon den reinen Hohnschrei. In es deswegen unterdrückt worden? Aber als Seit XXX erschien, war der Gehörstinnig bereits den Weg des Quittens gegangen. Wie es in den höchsten Regionen bereits ebenfalls "Trug-Verträge" sind können und die neue Form dieser nicht anders erklären, als daß irgend einer unserer Köpfe im Berliner Hofgel-Präsident nach diesem Nachdenken, wie er die Re- gierung des großen Publikum noch wirksamer als bisher in unserm Interesse nachrufen kann, auf dieses Ausnahmestück verfallen ist. Wie es jemand besser, der berichtigte uns.

Ein diplomatischer Erfolg. Zwischen der Schweiz und der deutschen Reichsregierung ist eine Einigung über den zu erneuernden Niederlassungsvertrag erzielt worden. Verschiedene schweizerische Blätter, die mit dem Quaderkraft in Bern in Beziehungen stehen, preisen dieses Ereignis als ein hocherfreuliches. Die "Revue de lausanne" des Herrn Kaufmann nennt es einen diplomatischen Erfolg von großem Werthe. Ein Erfolg — o gewiß. Aber welchen?

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Vertrags werden von den betreffenden Blättern, wie folgt, bezeichnet:

Nach Artikel I sind die Deutschen in jedem Kantone in Bezug auf Person und Eigenthum auf dem nämlichen Fuße mit auf die nämliche Weise aufzunehmen und zu behandeln, wie es die Angehörigen anderer Kantone sind oder — vorherhand noch — sein sollten. ... Laut Artikel 2 können die Deutschen, um die Wohlthaten des Artikel 1 anzuerkennen zu können, mit einem von der deutschen Gesandtschaft in Bern anzustellenden Jmmatrimonialatschene versehen sein, welcher bezeugt, daß der Inhaber deutscher Reichsangehörigkeit ist und einen unbedingten Verwahrung geniesst.

Aus einem Jnquartell geht hervor, daß sich die Schweiz das Recht, Deutsche ohne dessen Jmmatrimonialatschein zu beherbergen, vorbehält.

Auf diese Weise werden, wie die "Revue" anführt, ausdrücklich zwei Kategorien Deutscher geschaffen: die Kategorie derer, welche sich mit Erlaubnis ihrer Gesandtschaft als Niederlassungs berechtigte bei uns anhalten, und die Kategorie derer, welche im Namen und unter dem Schutze des Völkrechts ohne Erlaubnis ihrer Gesandtschaft bei uns wohnen. "Für diese Letzteren werden wir", sagt die "Revue" sein, ganz besonders verantwortlich sein; aber es wird uns auch leichter sein, sie zu überwachen."

Dazu bemerkt der Schweizerische "Sozialdemokrat", dem wir dieses Blatt entnehmen:

Damit sind alle diejenigen Deutschen, welche die deutsche Regierung aus irgend einem Grunde nicht gerne bei uns sieht, und denen die Gesandtschaft deshalb einen Jmmatrimonialatschein verweigert, von vorn herein in die Klasse politischer Ausgewanderten versetzt und der Aufmerksamkeit unserer politischen Partei empfohlen.

Der "Erfolg" der neuen Niederlassungsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland ist also wesentlich der, daß wir der deutschen Regierung in ihren Bestrebungen, in unserm Fremdenpolizisten mehr Ordnung zu schaffen, nun besser als vorher dienen. Die stärkere Betonung und die Veräufertung der verfassungsmäßigen Niederlassungsbedingungen entsprechen ausschließlich diesem Zweck.

Das ist der ganze, fohbare (precisieux) diplomatische Erfolg" des Bundesrats! Welch deutscher Feindsinn in bestimmten Worten bezeugt wurde, dem bestehenden Vertrage eine politisch ganz missige Auslegung zu geben, nursten wir, um dem Annehmen dieser Auslegung zu entgegen, soweit nachgeben, daß wir alle ohne ausdrückliche Bewilligung ihrer Gesandtschaft bei uns sich anhaltenden Deutschen als politisch anrüchliche und zu überwachende Individuen erklären.

Das ist denn doch wirklich kein "Erfolg", auf den freisinnige Behörden stolz sein dürften!

Und weiter bemerkt unser Berner Kollege in einer Fußnote: Die "Nationalzeitung" (das von dem demokratischen Nationalrath Frey in Basel herausgegebene Blatt) meint übrigens, es handle sich bei der deutschen Jmmatrimonialation nur über vorwiegend um die moralischen Angelegenheiten der Betroffenen! Das findet sie denn natürlich ganz in der Ordnung und für uns zum Vortheil. Da kann man auch sagen: "Wehe hin, Dein Glaube hat Dir geholfen!"

Aber es kommt noch besser. Im weiteren Verlaufe ihres Artikels erscheint es der "Nat.-Ztg.", als ob mit der Jmmatrimonialation durch den deutschen Bundesrat wir und die Niederlassungsbewerber "näher anfechten", nicht die deutsche Gesandtschaft! Mit Bezug auf die Gefahr stark vermehrte Einwanderung bemerkt sie (ausführlich des Jmmatrimonialationsverfahrens) nämlich: wenn wir uns nun anschauen, dieser Gefahr dadurch zu begegnen, daß wir damit anfangen, und diese Leute von vorn herein etwas näher zu befragen, so thun wir damit nur einen Schritt in einer gewohnten Richtung. — Nun ja, man könnte am Ende noch sagen: wir befragen uns bei der Jmmatrimonialationseinrichtung die Niederlassungsbewerber näher — im Lichte der deutschen Regierung.

Wenn das übertrieben erscheint, dem mag ein Artikel der liberal-konservativen "Neuen Züricher Zeitung" über den neuen Niederlassungsvertrag eines Andern belehren. Dort heißt es wirklich:

Die Schweiz hat also keinen Grund, gegen die Neuerung mißtränisch zu sein. Uns bietet sie nur Vortheile. Wenn Deutschland bezwecken sollte, gewisse Individuen durch die Neuerung die Niederlassung in unserm Lande zu erschweren, so ist das keine Sache. Wir haben der Ausländer ohnehin genug."

Sie ist nicht und nicht erklärt, worauf die Neuerung hinausläuft. Unter gewissen Individuen sind politisch mißliebige, bzw. sozialdemokratische Individuen gemeint. Diesen die Niederlassung in der Schweiz zu erschweren, bzw. den Schweizerischen Bundesrat für sie verantwortlich zu machen, was in der Praxis daraus hinausläuft, daß der Bundesrat sie unter Jmtraumficht stellt und sie ausweist, wenn Deutschland es verlangt — das war die Absicht, in der die deutsche Reichsregierung den alten Niederlassungsvertrag änderte. Sie hat diese Absicht jetzt erreicht, und Jedermann muß zugeden, daß das ein großer diplomatischer Erfolg — der Schweiz ist.

Nach viele solcher "Erfolge", und die Schweiz hat sich den Reichsvogt ins Land hineindiplomatist.

Mit wahrhaft entzückender Offenherzigkeit hat das Hauptorgan des agrarischen Junkerthums, die Berliner "Neuzeitung", neulich der brutalen Herrschaft und Ausbeutungswuth ihrer ostelbischen Säugpatrone Kundend gegeben. Der betreffende Artikel hat zwar in der deutschen Presse schon seine ausreichende Beachtung gefunden, indeß wollen auch wir ihn, als Document zur Zeitgeschichte, hier niedriger hängen.

Nachdem das frömmelnde Juchterblatt oder auch innerliche Pfaffenblatt, um sich noch oben beliebt zu machen, Etwas gegen den Stamm-schen "patriarchalischen" Fabrikbesitzthums zum Besten gegeben, hat es die Stirn, folgendes zu schreiben:

Natürlich wäre es falsch, sich hier an Schablone zu bilden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse an das Maßstab der industriellen zu messen. Auch auf dem Lande ist das Moment des "Patriarchalischen" zwar vielfach verschwunden, äußerliche Beziehungen sind an seine Stelle getreten. Dennoch sind diese Beziehungen lange noch nicht so kalt und rein formell, als sie sich in der Fabrik darstellen; schon deshalb nicht, weil die Zahl der Leute, mit denen man im einzelnen Falle zu thun hat, durchschnittlich weit geringer ist, so daß das unmittelbare Menschliche noch zu seinem Rechte kommen kann und, wie jeder Kenner der Dinge weiß, auch wirklich kommt. Wie sich das Alles in Zukunft gestalten wird, nachdem überall Rechtsansprüche an die Stelle der freiwilligen Aufwendungen getreten sind, das wird sich ja zeigen. Vor der Hand aber steht es in weiten Gebieten noch so, daß die Unterdrückung von Einrichtungen, wie sie im Uebrigen unzweifelhaft erscheinen, in der Landwirtschaft keine wirklichen Bedürfnisse entsprechen. Beiden gemeinsam bagieren in der Verhältnisse der Vertragsbrüche, der keineswegs bloß vom wirtschaftlichen, sondern noch mehr vom sittlichen Standpunkte mit allem Nachdruck beklamt werden muß. Nachtheillos treten wir deshalb für die hierauf bezüglichen Bestimmungen der Vorlage ein. Wer sich auf einen anderen Standpunkt stellt, ist entweder ein beunruhigter Revolutionsstörer, oder ein Verräther, der in seiner Abhängigkeit den größten Schaden stiftet, wo er "human" zu wirken glaubt."

Treffend bemerkt dazu die "Frankfurter Zeitung":

So ist es recht, damit Niemandem ein Zweifel bezüglich der Unstetigkeit großherzoglicher Ueberhebung anderer Agrarier bleibt: die Uebertragung von Einrichtungen, aus der gewerblichen Ueberlegenheit auf die Landwirtschaft entspricht, einem wirklichen Bedürfnisse, wenn es sich um die — Bestrafung des Kontraktbruchs handelt. Dieses wirkliche Bedürfnis, verschwindet aber sofort (das heißt: für die Großgrundbesitzer), wenn statt des "Arbeitertruges" der Arbeiterstreik, selbstverständlich mit den nöthigen Anpassungen an landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse, herbeigeführt werden soll. Dieser Massen-Streik gibt sich doch zu nach, als daß die Lebensarten von dem unmittelbaren Menschlichen, welches auf dem Lande, noch zu seinem Rechte kommen, oder die Schimpfereien über "Revolutionäre" und "Reichlinge" noch verlangen könnten. Vielleicht haben solche Unverfrorenheiten gerade jetzt ihr Gutes. Wenn man nämlich an maßgebender Stelle den Arbeiterstreik erlassen will, so überste man namentlich auch auf die Bedürfnisse der ländlichen Arbeiter anzureichen werden, gerade weil sie von den Agrariern so anmaßend und selbstständig weggenommen werden sollen."

Sehr richtig, und die hunderttausende von Stimmen, welche die Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl in Landstrichen erhalten hatten, zeigen, daß die Landarbeiter zu erwecken und wider hochpatriarchalische Juch sich zu regen beginnen. Sie lassen sich in ihrem Vertrauen auf die Sozialdemokratie auch nicht getrübt haben.

Ein getreuer Basal über seinen von Gott eingesetzten Herrern. Wir hatten den Bericht des "Havana-Reporters" über sein Interview beim großdeutschen Bismarck bisher noch nicht vollständig, sondern nur in Zeitungsausschnitten zu Gesicht bekommen, und da sind uns leider seinerzeit die — letzten wir — kräftigsten Stellen entgangen. Sonst hätten wir natürlich nicht ermagelt, sie unseren Lesern mitzutheilen. Denn es ist gewiß nicht ohne Interesse, was ein so treuer Diener der Hohenzollern über seinen heiligsten, kaiserlichen Herrn einem Vertreter der Franzosen anvertraut, derselben Franzosen, von denen er so oft erfüllt hat, daß sie nur begierig darauf lauschen, über Deutschland den Gemüth der "bis auf's Weisse" laut abzusagen. Sein patriotisches Herz mußte sich da in seinem heiligsten Stange zeigen. Jedes, spät gekommen, ist wohl immer noch besser, als gar nicht gekommen, und so wollen wir denn nachträglich das Bekannte nachholen, wie wir hoffen, zur Erbauung aller "Reichsbräute".

Der getreue Basal legt also wie folgt über Wilhelm II., von Gottes Gnaden u. s. w. (wir zitiren nach der Uebersetzung amerikanischer Zeitungen):

Der junge Mann thut mir leid. Er ist wie ein junger Jagdhund, der jeden anbeißt, der Alles rührt, Alles ansackt und am Ende solches Bierwurz in dem Zimmer, worin er sich befindet, anrichtet, wie groß dasseibe auch immer sein mag. Ich denke, er (der Kaiser) ist ein Copie der gegenwärtigen Juchführung, welche er mit einer ruhigen Regierung, ohne Glanz, in das ausgeführte Geleise geleitet haben könnte und wobei Deutschland den Gemüth der in 1870 erlangten Northie erlangt hätte. Wenn ein Stein entfernt ist, fügen andere nach, und ein Stundemüddel entsteht, dessen Ausbreitung durch nichts aufgehalten werden kann. Ich bin weder des Creimanens noch des Joranes fähig. Dies sind Gefühle der Jugend."

Dieser junge Kaiser ist heftig, mit feiner Ungeduld, ein furchtbarer Säulenschütterer. ... Er ist ein Liebhaber der Geschichte.

Er möchte Geschichte machen, möchte in der Geschichte leben, aber er kennt und versteht nicht den Geist der großen Geleise der Jahrhundert. Deutschland durchlebt im gegenwärtigen Augenblicke eine Krise, welche Wilhelm II. abschließen oder jurädigeln konnte, die er aber vorbereitete und förderte. Eine vollständige Heilung gibt es eben so wenig für den Staat wie für den menschlichen Körper. Die Ursachen der Auflösung sind in allem Befestenden enthalten. Nur Eines ist möglich, den Proch der Juchführung aufzuhalten.

Deutschland bedarf der Ruhe dabeim und auch, eine vernünftige, behutsame Größung für die aus so und so viel Millionen bestehende Volksmasse. Dieser Kaiser aber will viel zu viel auf einmal. Er zündet zu viel Feuer an, um die Feiertenden zu wärmen; er wird nicht im Stande sein, der Feuerbrennstoff Gubal zu gebieten. Die Flamme werden anwachsen und das zerstören, was er zu bewahren wünscht. Er besitzt für den Anhang Kräfte genug, aber er läuft zu rasch, er wird auf dem Wege, den er sich vorgezeichnet hat, den Athem verlieren.

Er verneint, einige der Grundwundern sind aber nicht Staatsmänner entferten zu können, die Grundwundern sind aber nicht Staatsmänner gefügt und aneinander gelistet, um solche Umbauten zuzulassen. Er vertritt auch, daß er selbst einer der Steine der alten Mauer ist.

Was die Zukunft bringen wird? Ich weiß es nicht. In eine Regel abgeschossen, so folgt sie ihrer Bahn, so ist es auch mit den Ereignissen. Sie sind nicht aufzuhalten.

Der Kaiser wird durch Niemand beeinflusst. Eine Strömung ist es, die ihn mit sich fortträgt. Persönliche Gütekeit treibt ihn zu keinem Handeln an. Ihn ist das Mitleid und die Aufregung der einzige Gedanke. Das ist die Jugend. Der Kaiser ist weder ein Narr, noch ist er bössartig. Er will nur das Beste. Das ist schlimm, aber nicht schlecht. Es ist eine Art von Koketterie, etwas Oberflächliches, das ihn in der Zukunft theuer zu stehen kommen wird."

In das nicht allerliebste? Ein allerliebste Bouquet von — guten Nachrichten. Ein langer Jagdhund, der ... großen Bierwurz anrichtet, den Geist der Geleise der Jahrhunderte nicht kennt und nicht versteht ... der, zu viel Flamme anzündet, eine Feuerbrennstoff entfesselt, dessen Mitleid Gütekeit ist, Koketterie, eine Oberflächlichkeit — wenn das nicht die beste Art ist, den, durch verführerische Manipulation angefeindeten monarchischen Gedanken im Volke wiederzuleben und zu stärken, dann soll es noch Guter kommen und dem Paragraphen 95 des Reichsstrafgesetzbuches das Wort reden.

Der russischen Regierung scheinen die koreanischen Aufbechtungen über die hohenzollernische und gemeine Behandlung der politischen Angelegenheiten doch ungenügend zu sein. Allerdings tauchen jetzt unheimliche Gedanken auf, welche sich mit ihrer dem Wohlthun der Koren wähe hingeben, die den Jaren und seine Seulersgeleiten jedoch zu wachen, die Kritik über dagegen in jeder Weise anzuhängen suchen. So hat sich über einigen Tagen ein amerikanischer Staatsmann, der lange in Russland gelebt, betrunken genügt, den koreanischen "Ueberlieferungen" entgegenzutreten und eine Schilderung der Gefangenensituation in Sibirien entworfen, nach der dieselben eigentlich nicht darstellten als bloß eine Art Kulturänderung, oft ein wahrer Segen für denjenigen, den die wohlwollende Fürsorge Väterlands umsonst dem vergiftenden Rauch der Städte Wehrstrafhaus entführt. Nun, der Mann ist nach eigenem Geständnis nur bis 1877 in Russland gewesen, und bis zu seiner Zeit war die Behandlung der politischen Gefangenen zwar barbarisch roh, aber sie hatte doch den Grad ostasiatischer Grausamkeit noch nicht erreicht, den sie seit dem Regiment der Tolstoi, Bobjedonozzew u. s. w. angenommen hat.

Weiter berichtete vor einigen Wochen die „Indiana Tribune“:

„Zur Zeit hat Indianapolis die Ehre, daß sich eine russische Fürstin, wahrscheinlich eine echte, innerhalb seiner Grenzen aufhält. Sie heißt Fürstin Engelitschew und befindet sich bei Herrn und Frau Sewall, den Besitzern eines Mädchenpensionats, zu Gast. Vorgeschieden war jedoch große Bescheidenheit, denn die Fürstin hielt einen Vortrag, dessen Titel lautete: „Die politischen Parteien Russlands.“ Sie erzählte, daß in Rußland große Abneigung gegen die Deutschen herrsche, daß der Einfluß der Deutschen unter Alexander dem Zweiten seinen Höhepunkt erreicht habe, und daß unter dem dritten Alexander die Reaktion eingetreten sei. Die Fürstin selbst ist eine Slavin und ihre Ansicht ist daher begreiflich, denn in Rußland dreht sich die Politik am Hofe fast ausschließlich um die Frage, ob der deutsche oder der russische Einfluß überwiegen soll.“

Über die Absichten wußte die Fürstin, an deren Güte wir natürlich nicht zweifeln, sehr viel Schönes und über den Hof wußte sie sehr viel Gutes zu sagen. Für die Ueberwindung Sibiriens und dessen schreckliche Gefängnisse hatte die Frau — um figurlich zu sprechen — einige riesige Käfer voll Kaffeebohnen mitgebracht. Aus dem Jaren machte sie eine verfolgte Unschuld und aus Rußland eine Art Paradies.“

Kein Zweifel, daß man es in dieser Fürstin mit einer jener Damen zu thun hat, deren sich Rußland mit Vorliebe bedient, um für seine reaktionären Zwecke Gimpel zu fangen. Die glorreiche Art, wie Olga Kowloff seiner Zeit Herrn Gladstone einfiel, ist noch unvergessen.

Bekannt hat der alte Gladstone neulich wieder sein schlaues Gewissen in puncto Rußland mit der Rede zu beden gesucht, man könne englischerseits den Russen doch nicht gut Vorhalte über die Mißhandlung der oppositionellen Elemente machen, so lange im Bereich der britischen Herrschaft solche Dinge passierten wie die Affäre von Mitchellson, wo die Polizei drei harmlose Teilnehmer an einem Meeting erschoss.

Das ist ganz fauler Janber. Die Mitchellson-Affäre war freilich ein Skandal, aber es besteht denn doch ein großer Unterschied darin, ob die Polizei im Handgemenge mit einer erbitterten Volksmenge sich durch Schießen zu retten sucht, oder ob eine Regierung kühnlich die in ihrer Gewalt befindlichen Gegner hinhinmordet — nein, das ist noch zu mächtig ausgeübt — endlosen physischen und geistlichen Qualen preisgibt, die den Tod als einen Erlöser erscheinen lassen. Die Ausschacht des Herrn Gladstone hat denn auch nicht einmal bei seinen Parteigängern gefaßt.

Hebriger liegt in der Rede immerhin auch ein Zugeständnis. Es ist schon ein bemerkenswertes Zeichen, daß der Kreuzfahrer über die „bulgarischen Gräuel“ sich genötigt sieht, der britischen Grenel, die nicht von dem „unausprechlichen Töten“, sondern von den geliebten Russen verdrängt worden, wenigstens zu erwähnen. Mit dem Vertuschen geht es eben nicht mehr.

Unter dem Titel „Free Russia“ (das freie Rußland) ist heute in London die erste Nummer eines Blattes erschienen, das sich „Organ der englischen Gesellschaft der Freunde der russischen Freiheit“ nennt, und das sich speziell die Aufhebung der Gewaltthaten der russischen Regierung zur Aufgabe macht. Eine Reihe hervorragender Politiker (vorzugsweise Radikale und Reformer) sind an dem Unternehmen beteiligt. Vorsitzender des Komitees ist ein Herr Spence Watson, der sich auch als Vermittler bei Lohnstreiks das Vertrauen der Arbeiter Nordenglands (er wohnt in der Nähe von Newcastle) erworben hat. Wir begrüßen dieses Organ mit großer Freude und wünschen ihm ein gedeihliches Wirken.

Wie die sächsischen Proletarier leben. In der Chemnitzer „Presse“ stehen wir auf folgende Notiz:

„Von der Jchopau.“ Gegenüber den Versicherungen, daß die Lohnanhebungen und der Arbeitsverdienst namentlich in neuerer Zeit sehr wesentlich gewesen, ist folgender und zugegangener Lohnauszug eines Wirters aus dortiger Gegend sehr belehrend. Vorausgesetzt muß werden, daß eine andere Arbeit der Wirtler zu übernehmen nicht im Stande war, da er in diesem Fall das hier bezeichnete Quantum in der angegebenen Zeit nicht hätte fertig machen können. Der Lohnantrag beginnt mit dem Januar d. J. und zwar sind die Zwischenzeiten die Tage, welche zur Anfertigung der Maß erforderlich waren.

16. Januar 6 Dugend	3 L. a 70 Pfg. = 3 Mt. 50 Pfg.
3. Februar 6	3 L. a 70 „ = 4 „ 20 „
16. Februar 5	3 L. a 65 „ = 3 „ 25 „
28. Februar 6	3 L. a 65 „ = 3 „ 90 „
18. März 5	3 L. a 50 „ = 2 „ 50 „
18. März 7	Größe 1 St. a 90 „ = 6 „ 30 „
30. März 7	1 St. a 90 „ = 6 „ 30 „
20. April 3	1 St. a 90 „ = 2 „ 70 „
20. April 3	1 L. a 50 „ = 1 „ 50 „
27. April 6	1 L. a 50 „ = 3 „ 50 „

Summa 53 Dugend. 37 Mt. 50 Pfg.

Somit ist der Durchschnittsverdienst auf 1 Dugend 70/100 Pfg. Es umfasst die Zeit vom 16. Januar bis 27. April 14 Wochen und somit ergibt sich ein Wochenverdienst von 2 Mt. 65 Pfg. oder pro Tag, die Woche zu 6 Arbeitstagen gerechnet, 44 Pfg. und die Woche zu 7 Tage, da Sonntag ja auch gearbeitet wird und gegeben werden muß, 37 Pfg. Wie viel da auf die Stunde Lohn kommt, ist leicht zu berechnen. Nimmt man die an der Jchopau bei der Handindustrie insbesondere ganz ungewöhnliche 10stündige Arbeitszeit an, so kommt bei 6 Tagen auf die Stunde zirka 4 Pfg. 5 Pfennige, bei 7 Tagen zirka 3 Pfg. 5 Pfennige. Die 12- und mehrstündige Arbeitszeit wollen wir gar nicht erst berechnen. — Bemerkung muß noch werden, daß dieser „glückliche“ Strumpfweber an einem Hochdruckwalzenstuhl arbeitet, ohne welchen er diesen erbärmlichen Verdienst gar nicht einmal erreichen würde. Derselbe führt noch an, daß, wenn er zum Herbst nicht noch etwas „rausgewaschene“ Kartoffeln sammeln würde, er mit seinen zwei Kindern (er ist Witwer) im Winter mandmal Nichts haben würde, um das elende Dasein zu fristen. (Wir sind, bemerkt die Redaktion der „Presse“ zu dieser Notiz, auf Erfordern gern bereit, Name und Wohnort des braven Arbeiters zu nennen.)

Sind das nicht wahrhaft schreckliche Zustände? Welch erschütternde Tragik liegt in jenen Zahlen angedrückt. Arbeit und Entbehrung, Entbehrung und Arbeit. Kein Augenblick wirklicher Erholung, kein Augenblick freier Luftaufnahme, immer die Furchen der Sorge, des Mangels, des Glüds hinter dem Proletarier her, ihm den Fluch in die Ohren flüsternd: schaffe, schaffe, schaffe! Schaffe, sonst hast du morgen nicht zu leben! Schaffe, sonst hat die Erde keinen Platz für dich! Schaffe, denn zur Arbeit und nicht zum Genießen bist du auf der Welt. Was für ein Leben ist das, bei solchen Arbeiten und solchem Lohn. Muß nicht da der Geist jede Aktivität, die Seele auch den letzten Rest von Sammelkraft verlieren? Ist ein solcher Arbeiter überhaupt in seinem Zellhaare? Die großen Erregungschancen der Wissenschaft, die geistigen Schätze, die die Menschheit seit Jahrtausenden aufgeschöpft, sie existieren nicht für ihn, und wenn er vielleicht von ihnen gehört hat, so kann er sie doch nicht genießen. Das Wort Genuß ist aus seinem Verstand gestrichen.

Und doch, ein Lichtstrahl fällt auch in das finstere Dasein dieser unglücklichen Opfer einer verkehrten Gesellschaftsordnung: es ist die Hoffnung auf ein Besserwerden. Nicht auf ein Besserwerden im Jenseits, wohl aber ein Besserwerden auf Erden, ein Besserwerden durch die Sozialdemokratie. Sie ist der leuchtende Stern, der das Dunkel ihres Daseins erhellt, der sie vor stumpfsinniger Verzweiflung bewahrt. Ginge ihnen auch diese Hoffnung verloren, ihr Loos würde schrecklicher sein als das des elendesten aller Zuschauers, des gedemütigten aller wirklichen Sklaven. Aber das wird nicht geschehen. Die Sozialdemokratie lebt und kämpft und täglich vermehrt sich das Heer ihrer Streiter. Und sie wird nicht nachlassen in ihrem Kampf, die die Produktionsweise verschunden ist von der Erde, die solche Zustände hervorbringt.

Der internationale Bergarbeiterkongress in Jolimont ist in mehr als einer Hinsicht ein bemerkenswertes Ereignis. Von so eminenten Wichtigkeit die bisherigen, von Arbeitern ohne Unterschied des Berufs beschickten allgemeinen internationalen Arbeiterkongresse auch waren, so trat auf ihnen doch gerade wegen dieser Allgemeinheit der demonstrative Charakter, den wir übrigens durchaus nicht unterschätzen, mehr in den Vordergrund, es blieb sonst bei mehr oder weniger

theoretischen Erörterungen. Erst der Pariser Kongress machte einen entscheidenden Schritt vorwärts in der Richtung der eigentlichen Arbeiterpolitik, und mit dem jetzt beendeten Kongress der Bergarbeiter aller Länder ist die Internationalität der Arbeiterbewegungen vollkommen in das Gebiet der praktischen Angelegenheiten übergetreten. Hier haben Arbeiter ein und desselben Berufes ihre speziellen Angelegenheiten erörtert und sind in gemeinsamen Beschlüssen gekommen, mit milderer Schwierigkeit, als noch vor einem halben Jahrhundert Berufskollegen in den einzelnen Ländern sich über ihre gemeinsamen Interessen verständigten.

Und weiter hat der Bergarbeiterkongress eine erhöhte Bedeutung durch die Natur seiner Beschlüsse. Einstimmig hat er sich für den achtstündigen Maximal-Arbeitstag, und nahezu einstimmig für ein Achtstundengesetz ausgesprochen. Nur ein Teil der englischen Delegierten, und zwar die Minderheit derselben — 9 von 30 — machte Bedenken dagegen geltend, im Uebrigen herrschte auch in diesem Punkte Einstimmigkeit. Im Ganzen stimmten 90 Delegierte für und nur 9 gegen die Forderung des Achtstundengesetzes.

Wir haben schon in der vorigen Nummer darauf hingewiesen, daß die deutschen Bergarbeiter, Dank der unwürdigen Zwangsverträge, die auf ihnen lasten, und der politischen Skizzen, unter denen sie außer dem zu leiden haben, weder in der ihnen gebührenden Stärke vertreten sein konnten, noch so sprechen konnten, wie es ihnen um das Herz war, daß einige sogar nicht einmal ihre Namen nennen durften. Und wir haben hinzugefügt, wie entrüstet die Delegierten der anderen Länder waren, als sie hörten, welche Skizzen die deutschen Behörden den Bergarbeitern bei ihrem Organisationswerk in den Weg legten.

Als in der Sitzung vom 21. Mai der Tagespräsident Vissard den Akt des Landrats von Gelsenkirchen verlas, der die Sammlungen für die Entsendung von Delegierten zum Kongress mit Strafe bedroht, beantragten sofort der englische Delegierte Harbey und der französische Delegierte Pally, den deutschen Arbeitern die besondere Sympathie des Kongresses auszusprechen, und der Antrag wurde auch einstimmig angenommen. Und in der Sitzung vom 23. Mai sprach ein englischer Delegierter, Wilt, nach einmal speziell sein Erkennen darüber aus, daß der deutsche Kaiser, der sich als einen sozialen Reformator gebe, den Arbeitern so wenig Freiheit lasse, daß sie sich nicht einmal offen über ihre Angelegenheiten aussprechen dürfen. Man sieht, die englischen Arbeiter würden der offiziellen Sozialreformerei in Deutschland gegenüber genau den Standpunkt einnehmen wie die deutschen Sozialdemokraten.

Die Frage, ob die Bergarbeiter aller Länder schon am 1. Mai nächsten Jahres eine Aktion zur Erkämpfung des Achtstundentages aufnehmen sollen, wurde vorläufig zurückgestellt, da eine Reihe von Delegierten sich nicht darüber aussprechen wollten, ohne ihre Mandatgeber erst befragt zu haben. Es soll daher zum 1. April nächsten Jahres eine zweite internationale Konferenz einberufen werden, auf der speziell diese Frage zur Entscheidung kommen wird.

Beschlossen wurde eine Internationale Föderation der Bergarbeiter aller Länder, und ein Komitee, bestehend aus Delegierten der verschiedenen Länder, wurde beauftragt, die Beziehungen zwischen den Bergarbeitern aller Länder aufrechtzuerhalten.

Des die wesentlichen Beschlüsse des Kongresses, der von etwa 60 belgischen, 40 englischen, 5 deutschen, 3 französischen und 1 österreichischen Delegierten besucht war. Die Debatten waren vom besten Geist befeuert und erfüllten alle Teilnehmer des Kongresses mit wahrhafter Begeisterung. Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß die Genossen in Jolimont ihr Möglichstes anboten hatten, dem Kongress ein würdiges Lokal für seine Beratungen zur Verfügung zu stellen, sowie den Delegierten überhaupt den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu gestalten.

Herr Konstanz läßt die Nachricht dementieren, daß die beiden verhafteten Russen konfiszirten Papiere der russischen Gesandtschaft vorgelegt wurden. Nun, man weiß noch von der Züricher Affäre her, was solche Dementis werth sind. Wir haben damals konstatiert, daß bald nach jener Affäre die Photographie eines der Verhafteten sich in den Händen der deutschen Grenzbehörden befand, und was diese haben, haben natürlich auch die Russen. Unsere Meinung ist unüberwunden geblieben, die Züricher Polizei hat es nicht der Mühe werth gehalten, sich gegen die in dieser Heftausgabe eingetragene Anklage zu rechtfertigen. Und wenn das am grünen Holz der Züricher Polizei geschehen konnte, wessen soll man sich da erst von der nach Petersburg schickenden Pariser Polizei versehen? Ein bloßes Dementi, das alle möglichen Vorbehalte zuläßt, ist gar nichts. Da bedarf es ganz anderer Garantien.

Wohlgerichtet, es handelt sich — vorausgesetzt, daß überhaupt Bomben fabrizirt wurden — auf jeden Fall auch um eine ganze Anzahl Leute, die mit der Bombenfabrikation x. gar nichts zu thun hatten, sondern bloß politisch verächtlich waren, beim durch Spiegel — die offenbar bei der Sache ihre Hand im Spiel haben — benutzirt worden sind.

Wieder ein Opfer des Schandgesetzes. Nach im Berenden hat dieses erbärmliche Wochenschrift Wiemarischer Staatsbank ein Menschenleben als Opfer gefordert. In Gera ist in der Nacht vom 22. zum 23. Mai im Alter von 57 Jahren Genosse Wilhelm Fint, Ausgewiesener aus Leipzig, nach langem Leiden gestorben.

Fint war seit Anfang der sechziger Jahre in der Leipziger Genossenschaftsdruckerei thätig und beteiligte sich lebhaft an der Agitation für unsere Partei, was ihm verschiedentliche Verurtheilungen zuzog. Die mit Inkrafttreten des Schandgesetzes verbundene Unterdrückung aller sozialistischen Literatur traf natürlich auch ihn schwer, und als im Jahre 1881 der Belagerungsstand über Leipzig verhängt wurde, gehörte Fint mit zu den Ersten, die die Ausweisung trafen. Er siedelte nach Gera über, um dort seinen dauernden Wohnsitz zu nehmen. Hier hatte er einen daren Kampf um die materielle Existenz zu führen. Die Polizei verbot ihm auf Grund des Schandgesetzes den Schriftenvertrieb, wodurch ihm sein Geschäft zerstört wurde, außerdem traf ihn auch eine mehrwöchentliche Gefängnisstrafe, weil er dem Verbot wider Schultheißener verkauft hatte. Fint's Lage gestaltete sich dadurch zu einer sehr traurigen, in Folge der vielen Entbehrungen und Aufregungen verfiel er einem körperlichen Elendthum, von dem ihn, nach jahrelangen Kämpfen, jetzt endlich der Tod erlöst hat. Er hinterläßt eine, gleichfalls hochbetagte Gattin, die ihm in der ganzen schweren Zeit seiner Erwerbsunfähigkeit treu und hilfsreich zur Seite gestanden hat.

Seine Beerdigung gestaltete sich zu einer sehr würdigen. Sowohl die Genossen Gera's als auch auswärtige Freunde (darunter die sozialdemokratische Fraktion, sowie Genosse Babel) hatten für reichen Blumenkranz gesorgt.

Mit Wilhelm Fint ist die Riste Derjenigen, deren Leben durch eine brutale Verfolgungspolitik verkürzt wurde, um einen Namen reicher. Wie mild ist doch im Verhältniß die Strafe, die seinen Mörder, den künftigen Urheber all dieser Schandthaten, getroffen hat!

Der Froschmäulerkrieg im Sumpfe der Fortschrittspartei — Ichreibt man uns — dauert ungeschwächt fort. Und dies ist das Blamabelste und Trostloseste bei der ganzen Geschichte. Streit kann in der bestorganisirten und festestgeschlossenen Partei einmal ausbrechen, allein, wo gesunde Elemente sind, wird in jedem Fall der Streit bald beendet sein — entweder durch Verständigung, falls ein Mißverständnis vorhanden war, oder durch Trennung, falls prinzipielle Gegensätze sich herausgestellt haben. Wenn aber, wie jetzt bei diesem Froschmäulerkrieg wochen- und wochenlang die streitenden Theile auf einander los knüpfen, pöfen und schimpfen, ohne daß es zu einer christlichen Auseinandersetzung kommt, dann ist durch das Chronische des Streits die Ungeundheit des Parteiorganismus klar demonstriert. Das Unglück der Fortschrittspartei ist, daß die christlich demokratischen Elemente, welche sie enthält, kein Talent unter sich haben, und daß alle Talente der Fortschrittspartei, Eugen Richter so gut wie seine Gegner, die Hänel, Ricker, Barth u. s. w. durch und durch undemokratisch und in dem trassischen, reaktionären Manchesterthum befangen sind. Eine Reorganisation der Fortschrittspartei in demokratischem Sinn würde die Befestigung sämmtlicher Führer zur Voraussetzung haben, und die gefunden demokratischen Elemente müßten erst von diesen gelöst werden. Aber woher nehmen und nicht fehlen? Und der Fortschrittspartei ist eben nichts zu machen.

In Bezug auf Franke's Heft sind erhalten wie von bescheidener Seite folgende Zuschrift: „Was Sie in Ihrer letzten Nummer über Fr. Heffels schreiben, entspricht vollständig der Wahrheit. Ich selbst hatte Gelegenheit, mich wiederholt mit der Sache zu beschäftigen und kann die Richtigkeit des Mitgetheilten nur bestätigen. Im Reichstag ließ sich leider nichts ausrichten, verschiedene Verträge blieben erfolglos, weil keine der bürgerlichen Parteien Lust hatte, das System in einem seiner vornehmsten Vertreter bloßzustellen. Jedenfalls verdient Fr. Heffels im vollsten Maße die Sympathie jedes Menschlich- und Rechtsthehenden.“

An die Genossen allerwärts. Der Kampf der Hamburger Arbeiter um ihr bedrohtes Koalitionsrecht nimmt einen immer ernsthafteren Charakter an. Bis jetzt haben die Arbeiter die Kosten dieses schweren Kampfes aus ihren eigenen Mitteln bestritten. Aber sollen sie ihn ferner durchkämpfen, so müssen ihnen ihre Brüder auswärts hilfreich zur Seite stehen. Was die Hamburger Arbeiter seit mehr als zwanzig Jahren für die Arbeiterklasse geleistet, wie sie überall geholfen, ist bekannt — jetzt gilt es, ihnen zu zeigen, daß auch sie auf die Solidarität ihrer Kameraden rechnen können, daß sie ihre Opfer nicht vergebens gebracht. Arbeiter allerwärts! laßt die wackeren Hamburger nicht im Stich!

Bei dem räthselhaften Vorgehen der Hamburger Polizei, empfiehlt es sich, die Beiträge durch Vermittlung der Arbeiterpresse zu übersenden.

Briefkasten

der Expedition: P. G. Gdf.: 80 Pfg. f. Schft. erh. u. Sdg. am 29/5 per fdb. bewirkt. „Herr Bogt“ wird wohl kaum auffamendlich mehr zu erlangen sein. — H. P. Milano: Fr. 3, 75 f. Schft. erh. u. Sdg. nach Wunsch bewirkt, sowie Weiteres vorgefertigt. — W. Hoffm. Dn.: Sch. 15. 8 f. div. Soz. u. Schft. erh. — Urania: Mt. 1470. 15 a. Cto. Ab. x. erh. u. fdb. Vstlg. v. 2/6 baldigst. — Fr. Pracht New-York: Politarien hierher kosten nicht bloß 1 sondern 2 Cents. Auf die vom 19/5 zahlten wir deshalb 2 Cents Strafsporto und erledigten mit Nr. 22 das Verlangte. — G. G. Anvers: P. L. u. 27/5 erh. Weiteres erwartet. — Rosa: Mt. W. v. 28. Gewünscht am 30/5 abg. u. Weiteres befragt. Wf. Näheres über das „Wächse-Wägliche“. — Nothor Heilbad: Dank für Nachricht v. 28/5. Vstlg., so weit vorrätig, sofort effektirt, P. L. v. 2/6 erh. — Ruth u. Kraft: Kvid v. 27/5 eingetroffen. Gruß. — Onel: Wie steht denn nun mit D. W. v. 9/5 haben Sie doch erh. — Mann des Volkes: Wf. v. 31/5 erh. u. Weiteres befragt. — G. A. B. London: 5 Pfd. a. Cto. Ab. x. erh. — Anton: Mt. 20. — a. Cto. Ab. x. erh. und Vstlg. notirt. Weiteres vorgefertigt. — Ghs. Fr. Ostd.: Sch. 2. — a. Cto. Schft. erh., besgl. 4 Pfg. f. 1 „Alliance“. — Nothor Dons: Nachfrg. Vstlg. x. folgt lt. Vorlage v. 30/5. Ebenso Nota. — Ghd. Schum. Cincinnati: Nachr. betr. W. am 1/6 ddb. erh. Mit Weiterem müssen wir erst das Resultat der Sektionsunternehmung abwarten. Nach Dtsch. geht Adr. Hf. — P. G. Gdf.: 30 Pfg. f. Schft. erhalten. — Pharaos: Wf. v. 1. am 3/6 bekl. u. inhaltl. vorgefertigt. — London: Sch. 13. 6 v. d. Hagarra-Arbeiter der Firma L. Howe, 406 u. 431 Easton Ab. N. W., zur Uebermittlung an die Hamburger Streikenden ddb. erh. u. befragt. — Pfadfinder: Ad. lt. Vorfrst. v. 1/6 geordnet. Wf. Weiteres. — Ambos: Dank für Referenz. Bestellung x. folgt nach Wunsch. Verprochenes je eher, je lieber. Wf. mehr. — G. Tbg. Ploeght: Sch. 83 f. Schft. erh. Wie bitten künftigen Namen des Abhebers u. Aufgabendes hinsichtlich zu melden u. verweisen auf unsere diesbezügliche Publikation im S. D. — Nothor Teufel: Adr. u. Vstlg. notiren lt. Vorlage v. 1/6 u. gewärtigen Jungtag in aller Eile. — Roundard Zürich: Unser politischer Referent hat prompt quittirt! Was gilt die Bitte, er antwortet auch, wenn unter seinen Fingern in schlafender Nacht die Worte: „Trinkgeld“ und „Schurke“ ertönen! Denn, — viel „Dorft“, — viel „Moral“.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden außer beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

- Zürich { Schriften-Filiale der „Arbeiterstimme“, Jähringerstraße Nr. 12. Deutscher Arbeiterverein Eintracht. Mittheilung der deutschen Sozialisten im „Schwanen“.
- Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstr. 1026.
- Basel Deutscher Verein, Schwanengasse 4. Deutsche Sozialisten, Untere Rheingasse 12.
- Bern Deutscher Verein.
- Miel Th. Bäumle, Deutscher Verein.
- Chur H. Pfäum, Buchdruckerei Banatschal und Gebuer. Deutscher Verein.
- Franenfeld Deutscher Verein.
- St. Gallen { Deutsche Sozialisten, Restaurant Fried, Ufen- bühlerstr. 11. Allgemeiner Arbeiterverein.
- Genf Deutscher Verein.
- Lausanne Allgemeiner Arbeiterverein, „Hotel Winkelried“, Rue Mercori.
- Luzern Allgemeiner Arbeiterverein. J. Harbach, Reusthal, Emmenbrücke.
- Neuenburg Deutscher Arbeiterbildungsverein.
- Schaffhausen Allgem. Arbeiterverein, „zum Löwen“.
- Jug Allgemeiner Arbeiterverein.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Als zeitgemäße Reminiscenz empfehlen wir die nur noch in sehr beschränkter Zahl vorhandene Broschüre:

Pro Nihil.

Vorgeschichte des Anim-Prozesses.

Preis: 80 Pfg., Fr. 1.—

Ferner empfehlen wir:

Unsere Ziele.

Von H. Bebel.

Preis 30 Pfennig = 35 Centims.

Die Karrier in Nord-Amerika.

Eine Warnung vor kommunistischen Kolonialgründungen.

Von H. Deyner.

Preis: 40 Pfg. = 50 Cts.

G. Vernstein & Co.

114 Kentish Town Road London N.W.